

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erschient wöchentlich am Samstag. Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherm. Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rößlestraße 16b.

Inserate für Stellenvermittlung Preis der sechsgepaltenen Kolonelleile 1 Mark.

376500 EXEMPLAREN In einer Aufl. von erscheint dies Zlg.

Der Reichstag.

Nach einer langen Sommerpause tritt nun der deutsche Reichstag wieder zusammen. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, kann man sich auf eine ebenso wichtige wie lebhafteste Sitzungsperiode gefasst machen.

Die Zustände im Deutschen Reich sind zurzeit so zersahren, daß die Volksvertretung berufen sein sollte, mit eiserner Hand Wandel zu schaffen. Sensationelle Prozesse haben uns über die Qualität der gesellschaftlichen Spitzen Aufklärung gegeben.

Von der allgemeinen Preissteigerung macht die Arbeitskraft eine Ausnahme. Die Arbeitslöhne sind nirgends auch nur annähernd in gleichem Grade gestiegen, als wie die Preise der Lebensmittel und der Wohnungen.

weltmacht unterstützen will, wer einem „genialen Staatsmann“ hold und zu Willen sein will, der kann sich mit Kleinigkeiten wie Volkswohl, Kulturfortschritt, Bekämpfung des Absolutismus und dergleichen nicht mehr abgeben!

Was die Arbeitererschaft des Reiches unbedingt verlangen muß, das ist: Sicherung der staatsbürgerlichen Rechte und Sicherung ihrer Lebenshaltung. Um das erste zu erreichen, brauchen wir ein Ministerverantwortlichkeitsgesetz als ersten Schritt zu einem wahrhaft konstitutionellen System.

Die Feinden sind ernst. Die Vertretung der Arbeiterinteressen im Reichsparlament ist heute, nachdem die sozialdemokratische Fraktion dezimiert worden ist, schwerer als je zuvor.

Wirtschaftliche Rundschau.

Die vorstehenden Wirtschaftskundigen, die einen Konjunkturrückgang beirriten, weil sie den statistischen Nachweis für Krisenerscheinungen noch nicht errechnet hatten, irren sich nicht mehr, da einen vollen Konjunkturaufschwung zu glauben, nachdem der Diskontsatz in England auf 7 Prozent und in Deutschland auf 7 1/2 Prozent gestiegen ist.

wird. Der Weißblechtrist macht, wie der Kölnischen Volkszeitung berichtet wird, einen Unterschied zugunsten solcher Fabriken, in welchen Arbeiter, die der „Union“ nicht angehören, beschäftigt werden.

Der Arbeitsmarkt in Amerika zeigte in den der Krise vorangegangenen Monaten keine sehr auffällige, noch weniger eine etwa sprunghafte Verschlechterung. Diese Erscheinung beweist, daß die Arbeitsmarktverhältnisse allein für die Beurteilung der Konjunktur in Perioden der Schwankungen und des beginnenden Umschlages keinen zuverlässigen Gradmesser bilden.

Die Lage der Eisenindustrie läßt jedoch ständig eine Zunahme der Verschärfung erkennen. Während der Stabeisenpreis Anfang Oktober noch 132 Mk. betrug, ist in der letzten Kölner Submission von einem Händler Flußeisen bereits mit 108,75 Mk. angeboten worden.

Von der amerikanischen Metallarbeiterbewegung.

II.

Der zwölftägige Verbandstag des amerikanischen Maschinenbauerverbandes (International Association of Machinists) fand vom 9. bis 19. September 1907 in St. Louis statt. Aus den Redenschaftsberichten der Funktionäre ist folgendes hervorzuheben. Präsident J. O'Connell verwies nach einseitigen Bemerkungen über den Wert der Gewerkschaftsorganisation im allgemeinen auf die während der letzten zwei Jahre in einzelnen Fällen vorgekommenen Verstöße gegen die Statuten des Verbandes, die darin bestanden, daß die Vorschriften über die Durchführung von Streiks nicht immer beobachtet wurden. Er forderte die Delegierten auf, Mittel und Wege zu finden, um ähnliche Vorkommnisse künftighin vermeiden zu können.

Seit Juni 1905 haben neun Firmen Verbände unterzeichnet, während einerseits das Recht, die Gewerkschaftsmarkte auf ihren Erzeugnissen anzubringen, entzogen wurde. Der Fortschritt in dieser Beziehung ist ein sehr langsamer, was jedoch erklärlich ist, da es sich um Waren handelt, deren Käufer nicht der Arbeiterklasse angehören. Kollektive Arbeitsverträge wurden im Verwaltungsjahr 1906/07 allein mit 53 Eisenbahngesellschaften und 35 anderen Unternehmungen abgeschlossen. Diese Angabe ist unvollständig, da O'Connell nur Kollektivverträge in seinem Bericht anführte, die dem Verbandsvorstand im Wortlaut mitgeteilt wurden. Vom Januar 1906 bis Juni 1907 wurden 134 autorisierte Streiks geführt, wovon die meisten in das Jahr 1907 fielen; zur Zeit des Verbandstags waren 49 Streiks im Gange. Das Ergebnis der beendeten Arbeitskämpfe behandelte O'Connell in seinem Bericht leider nicht. Der im Jahre 1901 unterzeichnete Streik zur Erringung des Neunstundenags für alle Maschinenbauer hatte keinen vollständigen Erfolg. Namentlich in Eisenbahnwerkstätten sind noch jetzt häufig zehn Stunden gearbeitet; sonst ist der Neunstundenlag die Regel. Der Verbandsvorstand empfahl, die Frage der weiteren Verankerung der Arbeitszeit zu prüfen, und zwar solle sofort der Schlußentwurf geordnet werden. In bezug auf das Unterstützungsprogramm legte O'Connell dem Verbandstag die Durchführung der Lebensversicherung, wie sie bei den Eisenbahnorganisationen besteht, nahe; ferner betonte er die Wichtigkeit der Aufsammlung eines Fonds für die Unterstützung, die in Gemäßheit mit einem Beschluß des Verbandstags in Milwaukee (1903) von 1913 an bezahlt werden soll.

Die Delegierten legten Berichte vor über ihre Tätigkeit als Leiter der Agitation und der Streiks; sie behaupteten, daß nahezu fortwährend auf der Reise, um die Kollegen in den verschiedenen Dörfern beim Abschluß von Tarifverträgen, bei der Durchführung von Lohnbewegungen u. s. w. zu unterstützen.

Staatsrat G. H. Pringle teilte mit, daß die Einnahmen des Verbandes vom Juni 1905 bis einschließlich Mai 1907 — ohne die freiwilligen Beiträge — 800.356,54 Dollar ausmachten; auf Beiträge der Mitglieder entfielen von der Gesamtsumme 773.961,72 Dollar. Der Gehalt des Verbandsvorstandes umfasste 15.274,68 Dollar, auf das monatliche Gehalt des Vorstandsorgans 8065,46 Dollar (Gehalts und Substitutions), auf eingespartes Vermögen aufgetragene Beiträge 64,50 Dollar, auf Vermögenseinnahmen 2235,47 Dollar, auf sonstige Einnahmen 134,11 Dollar. Ausgegeben wurden 293.471,06 Dollar für zentralisierte Unterstützung, 69.725 Dollar für Begegnungsbüroausgaben, 69.245,74 Dollar für das Vorstandsorgan, 52.463,78 Dollar für Reisekosten und sonstige Ausgaben der zentralisierten Beamten, 28.054,10 Dollar für Gehälter und Rückvergütung der Ausgaben der Geschäftsleiter (Business Agents), Beiträge an den amerikanischen Arbeiterbund 5965 Dollar, Agitationskosten 10011,42 Dollar. Kosten der Anbahnungen 3750,15 Dollar, Verbandstag 3574,25 Dollar, Bureauausgaben 7702,11 Dollar, Redaktionskosten 270,48 Dollar, Gehälter der Vorstandsbeamten 21.500 Dollar, sonstige Ausgaben (Offizier, Forts, Sammelbücherei u. s. w.) 42.285,34 Dollar. In den zwei Jahren ergab sich ein Gehaltüberschuss von 180.355,60 Dollar. Zu verzeichnen sind mit unbefugtem und freiwillige Beiträge, die sich auf 987,65 Dollar beliefen. Der Verbandstag hat nicht angegeben, die Mitgliederzahl betrage 85.000. Seit Juni 1905 war ein Zuwachs um etwa 20.000 Mitglieder zu verzeichnen.

Die eigentlichen Verhandlungen begannen erst am dritten Tage nach der Eröffnung des Verbandstags, und zwar mit der Beratung der vorgeschlagenen Statutenänderungen. Besonders die Ersetzung der Statuten über die Urabstimmungen gab Anlaß zu langwierigen Debatten, die den Verlauf sehr verzögerten, und nur letzte Nacht gelang es, die Urabstimmung abzuschließen, die von beiden Organen (Leads) von denen nicht mehr als fünf in einem Staat sein dürfen, unterstützt werden.

Durch einen anderen Beschluß wurde der Vorstand aufgefordert, dem nächsten als Präsident der Verbandssynode (Grand Lodge) gewählt werden darf, der nicht mehr als zwei Jahre zurückgegriffen werden darf.

Am vierten Verhandlungstag wurde unter anderem über einen Antrag der Gruppe 35 in New York beraten, der darin ginging, nur solche Mitglieder als Delegierte an den Verbandstag zulassen zu erlauben, die im Staat tätig sind oder es für ein Jahr vor dem betreffenden Verhandlungstag waren. Insbesondere die Beamten der Organisationsabteilung, die unter dem Namen der „Geographical Divisions“ zu arbeiten.

Bei den am fünften Tage geführten Verhandlungen über die Mitgliedschaft, die die Erhebung einer regelmäßigen jährlichen Gebühr vorgeschrieben ist, jedes Mitglied hat einmal im Jahre eine Steuer in der Höhe eines Dollars zu entrichten, die zum Zweck der Unterstützung der Organisationsabteilung zu dienen hat. Die Höhe der Steuer soll nicht mehr als ein Drittel des Gehalts betragen, wenn der Steuerpflichtige ein Mitglied ist. Die Steuerpflicht soll sich nicht auf diejenigen erstrecken, die aus dem Ausland kommen, die aber die Statuten des Verbandes durch ihre Tätigkeit in diesem Staat zu unterstützen haben. Der Vorstand hat sich verpflichtet, die Steuer zu zahlen, wenn die Steuerpflichtigen es nicht können, was in Form der Beiträge zu tun. Der Vorstand hat sich verpflichtet, die Steuer zu zahlen, wenn die Steuerpflichtigen es nicht können, was in Form der Beiträge zu tun.

Casper Eisen- und Stahlwerk führt aus, daß die Beschäftigung zurzeit noch befriedigend ist, obgleich die Kundenschaft mit neuen Aufträgen zurückfällt. Die Verwaltung will aber wahrgenommen haben, daß allenthalben großer Bedarf vorhanden ist und glaubt, genügend Arbeit zu lohnenden Preisen zu erhalten. Die „Deutsche Oesterreichische Mannesmann-Röhrenwerke“ berichten in der Generalversammlung, daß trotz großer Ablieferungen in den letzten drei Monaten der Bestand an Aufträgen hoch sei. Allerdings habe sich eine Abnahme der inländischen Kundenschaft geltend gemacht, welche aber durch eine Steigerung der Aufträge im Ausland ausgeglichen werde. Über die Beschäftigung der „Dortmunder Union“ gab ihr Generaldirektor in der Generalversammlung an, daß der Bestand an Aufträgen erheblich zurückgegangen sei, während er sich am 30. Juni 1907 auf 151.716 Tonnen stellte, waren Ende Oktober nur noch 103.000 Tonnen unerledigter Aufträge vorhanden. Die Zurückhaltung der Verbraucher dauere an, Abnehmer auf alle Wünsche ließen sich reichlich ein, die Betriebe seien voll beschäftigt, es liege noch für mehrere Monate genügend Arbeit vor. In der Hauptversammlung der Aktiengesellschaft Sauchhammer wurde festgestellt, daß augenblicklich noch reichliche Beschäftigung vorliege, die sich aber nicht gleichmäßig auf alle Abteilungen erstrecke. Im großen und ganzen gehören die vorliegenden Aufträge noch Beschäftigung auf 2 bis 3 Monate, die Ausfichten auf weitere hinaus seien aber augenblicklich weniger günstig.

Die in diesen Tagen veröffentlichten Abschlußziffern der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft in Berlin fanden in Hinblick auf die Bedeutung dieses Unternehmens allgemeines Interesse. Die Gesellschaft hatte in der abgelaufenen Geschäftsperiode ganz außerordentliche Erfolge erzielt. Nach Abzug von Unkosten, Steuern und Dividendenresten verbleibt ein Reingewinn von 14,57 Millionen Mark gegen 12,89 Millionen Mark im Vorjahr. Die Verwaltung bringt die Verteilung einer Dividende von 12 Prozent in Vorschlag, während im Vorjahr nur 11 Prozent zur Verteilung gelangten. Die Umsätze in den ersten drei Monaten des laufenden Geschäftsjahres zuzüglich der vorliegenden Aufträge belaufen sich auf 240 Millionen Mark gegen 188 Millionen Mark im Vorjahr. Einzelne Handelsblätter folgern, daß die Erhöhung der Dividende bei der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft während der jetzigen Situation darauf schließen lasse, daß die Gesellschaft an einer zureichlichen Beurteilung der weiteren Entwicklung noch zögert. Die Zuneigung auf die weitere Entwicklung wird bei der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft zweifellos bestehen, doch wie wird sich wahrscheinlich nur oder doch in der Hauptsache auf das eigene Unternehmen erstrecken. Die Gesellschaft ist bei der führenden Stellung, die sie in der Elektrizitätsindustrie einnimmt, geficherter gegen Rückschläge als andere Unternehmungen, die Verteilung einer Dividende von 12 Prozent entspricht noch lange nicht dem Umfang der von ihr erzielten Gewinne, gerade die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft hat immer unermessliche „Wilde Reserven“ aufgehäuft, um ihre Gewinnziffern nicht übermäßig anschwellen zu lassen.

Der Geschäftsbericht der Gasmotorenfabrik Deutz weiß aus, daß der Umsatz der Köln-Deutzer Werke im Jahre 1906/07 wieder von 11,61 Millionen Mark auf 13,3 Millionen Mark gestiegen ist. Der Bruttogewinn stieg von 4,17 Millionen Mark auf 4,73 Millionen Mark, die Unkosten gingen von 1,65 Millionen auf 1,55 Millionen Mark zurück. Abschreibungen erfolgten in Höhe von 830.000 Mk. gegen 611.000 Mk. im Vorjahr; der Reingewinn wird mit 1,68 Millionen Mark gegen 1,44 Millionen Mark angegeben. Die Dividende beträgt wieder 6 Prozent. Der Bericht hebt hervor, daß das Ergebnis durch die gesteigerten Kosten der Materialbeschaffung, dem durch eine fortwährende Verschlechterung der Verkaufsbedingungen infolge des wachsenden ungetragenen Weltmarktes ungünstig beeinflusst worden sei. Die vorliegenden Geschäftsergebnisse am 1. Oktober betragen 6,21 Millionen Mark gegen 5,40 Millionen Mark in der gleichen Zeit des Vorjahres.

Aus den jährlich vorliegenden Berichten und Verwaltungsmittellungen in den Generalversammlungen von Maschinenfabriken und ähnlicher Unternehmungen wollen wir nun die Angaben hervorheben, die sich mit der Beschäftigung der einzelnen Werke und den Urteilen über die weiteren Geschäftsaussichten befassen. In der Generalversammlung der Maschinenfabrik Deutzland in Dortmund wurde berichtet, daß der Auftragsbestand noch dieselbe Höhe habe, wie bei der Geschäftsabrechnung Ende August, nämlich 1,3 Millionen Mark. Dieser Bestand schreibe nicht nur den laufenden Geschäftsjahr volle Beschäftigung, sondern auch teilweise noch dem kommenden. Es werde jedoch immer schwächer, neue Aufträge derartig zu kommen. In der Generalversammlung der Märktischen Maschinenbauanstalt Ludwig Sindenholz, Aktiengesellschaft, zu Wetter a. d. Ruhr wurde mitgeteilt, das gegenwärtig noch genügend Aufträge vorliegen und die Verkäufe ausreichen befähigt seien, auch die Aussicht für den Eingang neuer Aufträge sei nicht ungewiß. Die Verwaltung des Alexanderwerkes A. von der Rahmer, Remscheid, führt aus, daß der bestehende Geschäftszweig ein günstiger ist, für die nächsten Monate liegen Aufträge reichlich vor. Die Maschinenbauaktiengesellschaft Sigler in Duisburg-Neiderich berichtet, daß bei den Verhältnissen in der Eisenindustrie sich die Geschäftslage zu Gunsten nicht bessern lasse. Der Maschinenfabrik G. Bamert, Aktiengesellschaft, in Stuttgart erschienen die Aussichten günstig, der Auftragsbestand hat sich gegenüber dem Vorjahr erhöht. Der Geschäftsbericht der Hanniger Aktiengesellschaft in Hanau i. H. enthält die Bemerkung, daß auch für die ersten acht Monate Aufträge vorliegen, jedoch halten die Besitzer unerschütterlich mit Entlassung neuer Aufträge zurück. In der Generalversammlung der Eichwälder-Hanniger Maschinenbauaktiengesellschaft wurde berichtet, daß ein guter Bestand an Aufträgen vorhanden sei, neue Aufträge können jedoch nur bedingt kommen. Die Karlsruher Verleumdungs-Maschinenfabrik vormalis Seydwindt & Co. erklärt, im Jahre für eine Reihe von Monaten mit lagernden Aufträgen versehen. Besonders günstige Berichte erlangen die Chemnitzer Werke. Die Maschinenfabrik Schuberth & Scherer teilt mit, daß sie gut beschäftigt ist, es seien mehre Aufträge vorliegen, auch im November lagen Aufträge in Höhe von 1,1/2 Millionen Mark vor, es werden Aufträge in Höhe von 1900 im nächsten Jahr zu erwarten sein. In der Generalversammlung der Maschinenfabrik vormalis Sandermann & Eiser wurde berichtet, daß gegen für 190.000 Mk. Aufträge vorliegen gegen 120.000 Mk. im gleichen Monat des Vorjahres.

Bei vielen dieser Verfassungen wird nun in Betracht ziehen müssen, daß sie nicht selten den Geschäftsmännern und den damit zusammenhängenden Arbeitnehmern entgegenstehen. Es ist daher zu erwarten, daß ferner der Wert der Angaben dadurch vermindert wird, daß nur wenige Unternehmungen den zwischenzeitigen Umsatz ihrer Aufträge angeben und es unklar ist, was darunter zu verstehen ist, bis zu dem die vorliegenden Aufträge der Verleumdungen stehen. Die wirklich reichlich beschäftigten Unternehmungen sprechen über diese Angaben gewöhnlich kein Geheimnis zu verraten.

er angewendet wird, um die Mitglieder einer Organisation gegen ihre Führer mißtrauisch zu machen und Uneinigkeit herbeizuführen. Über einen von der Ortsgruppe 304 gestellten Antrag, die Veröffentlichung der Finanzberichte im Verbandsvorstand zu unterlassen und die Ausführung nur den Ortsgruppenfunktionären zuzustellen, damit die Unternehmer in die Gewährung des Verbandes keinen Einblick gewinnen, wurde am siebenten Tage verhandelt; die Majorität der Delegierten entschied sich dagegen, weil die Unternehmerverbände sich die gewünschten Informationen verschaffen, ob nun die Berichte allgemein zugänglich sind oder nicht. — Der Antrag, daß ein Mitglied des Zentralausschusses (General Executive Board) kein anderes Amt im Verband innehaben dürfe, wurde angenommen. Die zahlreichen anderen, an dem gleichen Tage vorgenommenen Statutenänderungen sind nicht weiter von Interesse.

Das Komitee zur Beratung des Stützlohnsystems empfahl am achten Verhandlungstag, die gegenwärtige Taktik des Verbandes bezüglich des Stützlohnes weiterhin beizubehalten und von den Mitgliedern zu verlangen, daß sie überall, wo sich die Möglichkeit dazu bietet, dieses Lohnsystem abschaffen und seiner Einführung Widerstand entgegensetzen. Eine allgemeine hierauf abzielende Bewegung würde nicht empfohlen (das tat vor vier Jahren der Verbandstag zu Milwaukee), nachdem sich herausgestellt hat, daß die Einführung des Stützlohnsystems nur örtlichweise zu verwirklichen ist. Die Vorschläge wurden angenommen. — Der Zentralausschuß erhielt den Auftrag, bis zum nächsten Verbandstag (1909) einen ausführlichen Plan über die Errichtung eines Inventionsbüros für Maschinenbauer vorzulegen, das nach der Zeit einzurichten wäre, wie das des Schriftsetzer-Verbandes. — Damit die Altersvorsicherung 1913 in Wirksamkeit treten kann, ist der Betrag von 5 Cents pro Mitglied und Monat für einen Altersfonds zu reservieren. — Es wurde festgestellt, daß Mitglieder des Verbandes der Marinemaschinen (Reparaturarbeiten) versehen, und zwar zu niedrigeren Löhnen als die Mitglieder des Maschinenbauerverbandes. Um dies zu verhindern, soll der Präsident versuchen, mit der genannten Organisation ein Arbeitsübereinkommen zu treffen. Die Anregung, auch mit der Amalgamated Society of Engineers (britischer Maschinenbauerverband) einen Vertrag zu schließen, fand keinen Beifall, denn es wird als Pflicht der von Großbritannien kommenden Maschinenbauer angesehen, dem amerikanischen Verband beizutreten. Ein Versuch, mit dem britischen Verband freundschaftliche Beziehungen anzuknüpfen, der übrigens schon früher unternommen wurde, schlug fehl. — Eine Resolution, die in Anbetracht des Telegraphistenstreiks gefaßt wurde, spricht sich für die Überwachung und Regelung des Telegraphenwesens durch die Bundesregierung der Vereinigten Staaten aus. (Die ursprünglich in dieser Sache vorgeschlagene Resolution forderte die Überführung der Telegraphen in den Nationalbesitz.) — Ein Antrag, Tarifvereinbarungen nur auf die Dauer eines Jahres abzuschließen, so zwar, daß alle gleichzeitig am 1. Mai ablaufen, wurde abgelehnt, ebenso ein Antrag, der dahin ginging, auf der Jahresversammlung des amerikanischen Arbeiterbundes zu fordern, daß keine der Landeszentrale angehörige Organisation Tarifverträge abschließen darf, die geeignet sind, das Einwirken in Sympathiestreiks zu verhindern.

Von den an den beiden letzten Tagen gefaßten Beschlüssen ist noch zu nennen die einseitige Festsetzung der Wiederbeitragsgebühr auf 15 Dollar; nur dann, wenn gegen ein gewesenes Mitglied Beschwerde wegen Verletzung der Statuten vorliegen, kann eine höhere Gebühr verlangt werden. Die Streitunterstützung wurde von 5 Dollar für Bediener und 7 Dollar für Verleumdete auf 6 und 8 Dollar pro Woche erhöht. Die auf die Streiks bezüglichen Paragraphen des Statuts erforderten einige Änderungen. Der Verbandsvorstand erhielt den Auftrag, für einen engeren Anknüpfungspunkt der amerikanischen Metallarbeitergewerkschaft zu wirken. Der Präsident und der Zentralausschuß haben sich bis zum nächsten Verbandstag mit der Frage der Einführung der Lebensversicherung zu befassen und sollen ihm ihre darauf bezüglichen Vorschläge unterbreiten. Die Stadt Denver (Colorado) wurde als Ort des dreizehnten Verbandstags bestimmt.

Verkürzung der Arbeitszeit im neunten Bezirk.

S. L. Die wirtschaftliche Entwicklung eilt in der Regel der Gesetzgebung weit voraus. Das tritt auf keinem Gebiet so augenfällig in Erscheinung, wie bei der Verkürzung der Arbeitszeit. Obwohl in den gesetzgebenden Körperschaften, seitdem die Arbeiterschaft in die Debatte eintritt, ununterbrochen Anträge und Gesetzesentwürfe eingebracht wurden, die eine gesetzliche Festlegung der Arbeitszeit bezweckten, ist bis jetzt dafür so viel wie nichts geschehen. Man möchte denn den vor kurzem dem deutschen Bundestag zugegangenen Gesetzesentwurf, nach dem die Fabrikarbeitszeit für Frauen von 11 auf 10 Stunden herabgesetzt werden soll, schon als eine Tat anerkennen. Das diese „Reform“, wenn sie wirklich kommt, bedeutet, gegen die Erhebungen der Fabrikspezialisten vom Jahre 1902 über die Arbeitszeit der Arbeiterinnen. Nach diesen Erhebungen arbeiteten:

9 Stunden und weniger in 6768 Betrieben	86191 Arbeiterinnen
9 bis 10 Stunden . . .	15267 . . . 347810
10 bis 11 Stunden . . .	14058 . . . 378555

Es sind 54 Prozent aller Arbeiterinnen arbeitslos (schon im Jahre 1902 täglich 10 Stunden und weniger). Und die feministische Bewegung ist die Arbeiterzeitung mit einem Entwurf, der die gesetzliche Festlegung der 10stündigen Arbeitszeit für Frauen vorschlägt. Ganz klar man deutlich das Nachhinken des Gesetzgebers gegenüber der wirtschaftlichen Entwicklung erkennen.

Die Gründe, die dem so ist, liegen für jeden Einsichtigen auf der Hand. Das Unternehmertum, das heute noch das Geißel in den gesetzgebenden Körperschaften in der Hand hat, erblickt in jeder gesetzlichen Festlegung der Arbeitszeit eine Beschränkung der Arbeitskraft. Und die Regierung arbeitet heute mehr denn je nach dem Rezept des Herrn v. Stöckner, der kürzlich den Unternehmern sagte: „Wir arbeiten ja nur für Sie.“

Wenn die Arbeiterschaft irgend welche Zugeständnisse in bezug auf Verkürzung der Arbeitszeit erreichen will, muß sie nach wie vor auf den hartnäckigsten Widerstand der Unternehmer stoßen. Obwohl sie heute durch die Verkürzung der Arbeitszeit die Leistungsfähigkeit der Arbeiter steigert, das ein Ausfall in der Produktion nicht eintritt, das die Qualität der in kurzer Arbeitszeit hergestellten Produkte besser wird, das die Unternehmer an den Ausgaben für Heizung und Beleuchtung sparen und Maschinen und Werkzeuge weniger abgenutzt werden, mag sie sich gegen die Verkürzung der Arbeitszeit mit Fieber und Zittern zu wehren. In hundertsten und überhundertsten Fällen wird die Verkürzung der Arbeitszeit durch Arbeitsmiederlegung erzwungen. Nur durch die Solidarität haben die Arbeiter bis jetzt auf diesem Gebiet Erfolge erlangt, die Gesetzgebung halbschamig vorzujagt. Fast alle Gewerkschaften haben als vorbereiteten und wichtigsten Programmpunkt die Verkürzung der Arbeitszeit auf ihre Fahnen geschrieben. Denn von der Dauer der Arbeitszeit hängt nicht nur das leibliche Wohlbefinden der Arbeiterschaft ab, sondern auch ihre geistige Regsamkeit und ihr technisches Können. Ein geistig fortgeschrittener Arbeiter wird aber nie und nimmer mit der Au-

fälligkeit seiner beruflichen und familiären Pflichten seine Tätigkeit erschöpfen. Er wird sich für alle Vorgänge des öffentlichen Lebens interessieren. Es ist kein Zufall, daß in allen den Orten und Industriegebieten, in denen die Arbeitszeit am kürzesten ist, die Arbeiter geistig am reichsten sind. Umgekehrt verliert bei überlanger Arbeitszeit jeder Mensch das Interesse an den öffentlichen, politischen und wirtschaftlichen Vorgängen. Der kulturelle Wert der Verkürzung der Arbeitszeit läßt sich gar nicht abwägen. Jede Stunde Verkürzung der Arbeitszeit bedeutet für die Arbeiter Schonung ihrer Gesundheit und Erhaltung ihrer Arbeitskraft, Verlängerung ihres Lebens, die Möglichkeit, sich geistig fortzubilden und sittlich emporzuheben.

In diesem Sinne haben die deutschen Gewerkschaften in den letzten Jahren wahre Kulturarbeit geleistet. Und der Deutsche Metallarbeiter-Verein marschiert dabei mit seinen Erfolgen mit an der Spitze. Sie durch ihn erreichte Verkürzung der Arbeitszeit betrug in den Jahren:

1904	für 8511 Arbeiter 25 428 Stunden die Woche
1905	„ 37286 „ 105644 „ „
1906	„ 78371 „ 304348 „ „
1907 (1. Halbjahr)	„ 22426 „ 71277 „ „

Zusammen für 146 094 Arbeiter 506 762 Stunden die Woche

Im letzten Jahr von 5 1/2 Jahren ist es dem Deutschen Metallarbeiter-Verein möglich gewesen, für rund 147 000 Metallarbeiter die Arbeitszeit um mehr als eine halbe Million Stunden die Woche verkürzen zu können.

Das, was gegen sich der Gesetzgeber heute noch sträubt, die Verkürzung der 10stündigen Arbeitszeit für erwachsene männliche Arbeiter, ist durch die Forderung des Deutschen Metallarbeiter-Vereins längst überholt. Wir haben heute in den fortgeschrittenen Industriezentren fast in einer Anzahl großer Städte in der größten Zahl der Betriebe schon den Neunstundentag. Allein im Kleinmetallgewerbe ist die 10stündige Arbeitszeit in 16 Betrieben mit 1955 Arbeitern und 6174 darin beschäftigten Arbeitern festgelegt. Im größten Teile der Betriebe der mechanischen Industrie und besonders in der gesamten Gold- und Silberindustrie wird heute nicht länger als 9 Stunden pro Tag gearbeitet. In der Gold- und Silberindustrie bedeutet die Regelung der Arbeitszeit durch den Deutschen Metallarbeiter-Verein einen Erfolg von besonderer Tragweite. An Stelle der vordem während der guten Geschäftslage bis ins maßlose ausgeschweiften Arbeitszeit ist durch die Regelung ein Zustand eingetreten, der zur Befriedung der gesamten Produktion geführt hat. In den Betrieben der Metallindustrie ist die Arbeitszeit für 45 718 Arbeiter mit 9 Stunden und unter 9 Stunden pro Tag festgesetzt. Das beweist, daß es der Deutsche Metallarbeiter-Verein verstanden hat, seinen Mitgliedern zu dem Wohlstand der verkürzten Arbeitszeit zu verhelfen.

Im neunten Bezirk, zu dem bekanntlich Baden, Württemberg, die Rheinpfalz und Elßaß gehören, wurde in den letzten Jahren bei fast allen Bewegungen besonderes Gewicht auf die Verkürzung der Arbeitszeit gelegt. Allein im Jahre 1906 wurde für 32 007 Arbeiter die Metallindustrie eine Verkürzung der Arbeitszeit um 139 796 Stunden die Woche erreicht. Von den durch die allgemeine Gold- und Silberarbeiterbewegung für zusammen 21 848 Arbeiter erzwungenen 117 228 Stunden Arbeitszeitverkürzung treffen allein auf den neunten Bezirk 96 198 Stunden für 17 500 Arbeiter.

Anfangs dieses Jahres wurde abermals in mehreren Versammlungen zur Frage der Verkürzung der Arbeitszeit Stellung genommen und nach eingehender Beratung beschlossen, für die Industriebezirke Frankenthal-Ludwigshafen, Mannheim-Heidelberg, Karlsruhe-Durlach und Stuttgart-Eßlingen an die Unternehmer bestimmte Vorschläge einzubringen, die eine möglichst gleichmäßige Arbeitszeit herbeiführen könnten. Die in einem Begleitschreiben eingehend begründeten Vorschläge lauteten:

- a) Die tägliche regelmäßige Arbeitszeit beträgt nicht mehr wie 9 Stunden oder 54 Stunden wöchentlich.
- b) Eine Minderung des Verdienstes findet durch die Verkürzung der Arbeitszeit nicht statt.
- c) Soweit Überarbeit in Frage kommt, werden die Akkorde, bei denen sich herausstellt, daß der seitige Verdienst nicht mehr zu erreichen ist, entsprechend reguliert.

Vor Einleitung der Bewegung waren statistische Erhebungen vorgenommen worden, die sich in den acht genannten Städten auf 162 Betriebe mit 89 445 beschäftigten Arbeitern erstreckten. Danach betrug die effektive tägliche Arbeitszeit in den an der Statistik beteiligten Betrieben und Arbeiter der acht Städte:

Betriebe	Arbeiter	Stunden	Arbeiter	Stunden	Minuten		
1	821	8	1	521	9	40	
2	43	8	45	9	1553	9	45
23	6163	9	1	79	9	50	
2	257	9	10	1	52	9	55
6	433	9	15	64	15 955	10	—
1	20	9	20	1	50	10	10
45	11 760	9	50				

Es arbeiteten also pro Tag: 9 Stunden und weniger 31 Betriebe mit 7027 Arbeitern = 18,28 Prozent; länger als 9 Stunden 131 Betriebe mit 91 418 Arbeitern = 81,72 Prozent; 9 1/2 Stunden und weniger 55 Betriebe mit 19 557 Arbeitern = 50,37 Prozent; länger als 9 1/2 Stunden 77 Betriebe mit 18 885 Arbeitern = 49,63 Prozent.

Die effektive wöchentliche Arbeitszeit betrug:

Betriebe	Arbeiter	Stunden	Betriebe	Arbeiter	Stunden
1	521	43	36	11 299	57
2	55	52 1/2	1	17	57 1/2
53	6760	54	2	555	58
1	152	54 1/2	8	1 580	58 1/2
2	100	55	3	287	59
3	108	55 1/2	2	90	59 1/2
5	217	56	7	536	59 1/2
3	98	56 1/2	53	15 150	60
1	40	56 1/2			

Es arbeiteten also wöchentlich: 54 und unter 54 Stunden 88 Betriebe mit 7376 Arbeitern = 19,71 Prozent; über 54 Stunden 126 Betriebe mit 30 869 Arbeitern = 80,29 Prozent; 57 und unter 57 Stunden 88 Betriebe mit 19 620 Arbeitern = 51,03 Prozent; über 57 Stunden 76 Betriebe mit 18 825 Arbeitern = 48,97 Prozent.

Die Bewegung war von Anfang an nur für die Fabrikbetriebe gedacht, die handwerksmäßigen Betriebe sollten vollständig ausgeschlossen bleiben, was auch für die Statistik galt. Wie die Statistik ergibt, schwannte die effektive Arbeitszeit in den an den Erhebungen beteiligten Betrieben pro Tag zwischen 8 und 10 Stunden 10 Minuten und pro Woche zwischen 48 und 60 Stunden. Eine Verschiedenartigkeit in der Dauer, wie sie hinter sich gedacht werden kann. Dieses Zahlenmaterial wurde, geordnet nach den in Frage kommenden Orten, der Begründung zu den Vorschlägen an die Unternehmer beigegeben. Ebenso wurden die Vorschläge nebst Begleitschreiben und der Statistik an die Verbände der Metallindustriellen in Baden und Württemberg eingereicht und gemeinsame Verhandlungen vorgeschlagen. Das geschah am 18. April. Schon in den folgenden Tagen liefen mehrere Antworten von Unternehmern ein, von denen sich die meisten bereit erklärten, eine ihren Betrieben entsprechende Verkürzung der Arbeitszeit eintreten zu lassen. Am 21. April antwortete der Verband der Metallindustriellen in Württemberg, daß

deren Vorstand über die Frage der Verkürzung der Arbeitszeit vor kurzem auf Grund einer Bewegung in fünf Maschinenfabriken in Stuttgart einen Beschluß gefaßt habe, der auch in vorliegendem Falle gelte. Der Beschluß lautet: „Die tägliche effektive Arbeitszeit beträgt 9 1/2 Stunden bei 10stündiger Anwesenheit im Betrieb. Es soll jedoch denjenigen Firmen, bei welchen nachmittags keine Notwendigkeit zu einer Vesperpause besteht, freigestellt sein, die Anwesenheit in der Fabrik auf 9 1/2 Stunden zu reduzieren.“ Damit war für Württemberg die Situation geklärt.

Unders gestaltete sich die Angelegenheit mit den badischen Metallindustriellen. Diese teilten unserer Bezirksleitung am 25. April mit, daß ihnen die Vorschläge „überraschend“ gekommen seien und daß, nachdem erst vor einem Jahre in langen Verhandlungen von ihnen die 10stündige Arbeitszeit als maximal zulässig bezeichnet worden sei, erst geprüft werden müsse, ob die von uns angeführten Gründe berechtigt seien. Von uns wurde nun nochmals die Berechtigung der in den Vorschlägen enthaltenen Punkte dargelegt und auf mögliche Beschleunigung der Angelegenheit gedrungen. Die Antwort sollten wir im Laufe der nächsten Woche erhalten. Am 22. Mai ist dann kurz mitgeteilt worden, daß auf Grund der ganz bedeutenden Lohnerhöhungen, die innerhalb eines Jahres eingetreten sind, und der daraufhin eingegangenen Lieferungsbedingungen die Mitglieder des Verbandes der Industriellen Baden und der Pfalz sich außerstande seien, weitere Zugeständnisse zu machen.“ Das war eine glatte Ablehnung unserer Vorschläge. In mehreren Versammlungen nahmen die Arbeiter Stellung zu dieser Antwort. Es wurde beschlossen, daß namentlich die Arbeitervereine wegen der Vorschläge in den einzelnen Betrieben vertriebt werden sollten, ebenso erhielten die Metallindustriellen Mitteilung von der Bezirksleitung von dem gefaßten Beschluß. Wie erhielten dann die Antwort unterm 9. Juli, daß die Industriellen Baden nunmehr bereit seien, über die Vorschläge in Verhandlungen einzutreten, daß diese Verhandlungen aber erst Mitte September stattfinden könnten, da eine Reihe maßgebender Herren des Verbandes zuzeit verreise seien.

Am 12. September fanden dann die endgültigen Verhandlungen im Parkhotel in Mannheim mit den Metallindustriellen statt, die zu folgendem Resultat führten:

- 1. Der Verband der Metallindustriellen Baden, der Pfalz und angrenzenden Industriebezirke (S. W.) ist mit einer effektiven Arbeitszeit von 9 1/2 Stunden beziehungsweise 57 Stunden wöchentlich einverstanden. Frühstunden und Vespern ist in dieser Zeit nicht begriffen. Die Regelung der Pausen außerhalb der effektiven Arbeitszeit ist den einzelnen Arbeitgebern mit ihren Arbeitern überlassen.
- 2. Da, wo die Verkürzung der Arbeitszeit eintritt, werden die Stundenlöhne im Verhältnis der Verkürzung der Arbeitszeit erhöht. Die Akkorde bleiben unberührt.
- 3. In den Betrieben, in denen günstigere Arbeitsbedingungen bestehen, bleiben dieselben bestehen.
- 4. Den Mitgliedern des Industriellen-Verbandes wird empfohlen, diese Arbeitszeit bis spätestens 1. Januar 1908 einzuführen.

Mit diesem Ergebnis erklärten sich die Kollegen der in Frage kommenden Orte einverstanden, wenn auch allgemein der Ausdruck gegeben wurde, daß auch die Verkürzung der Arbeitszeit auf 9 Stunden pro Tag möglich gewesen wäre. Damit war auch für das Industriegebiet Mannheim-Ludwigshafen-Frankenthal zunächst die Bewegung erledigt. Interessant war eine von einem der maßgebendsten Unternehmer im Laufe der Verhandlungen gemachte Äußerung. Als auf unser Drängen, doch die 9stündige Arbeitszeit zu bewilligen, die Verhandlungen einen ziemlich erstickten Charakter annahmen, erklärte er: „Meine Herren, nehmen Sie doch unser Angebot an, betrachten Sie das gleiche gemiffermaßen als Abschlagszahlung; in absehbarer Zeit kommen Sie doch wieder, und dann werden wir wieder mit uns reden lassen.“ Hier war also schon die Einsicht vorhanden, daß eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit in absehbarer Zeit eintreten wird. Vom Vorstehenden der Verhandlungen, Herrn Direktor Goss von Ludwigshafen, wurde diese Äußerung wohl sofort nur als die „private Meinung“ des betreffenden Herrn hingestellt, aber trotz dieser Abschwächung ist sie doch von gewisser Bedeutung.

Für das Industriegebiet Karlsruhe-Durlach ist die Bewegung noch nicht abgeschlossen. Anfangs dieses Jahres leitete es im Verband der Metallindustriellen Baden und der Pfalz Aufmunterungen gegeben zu haben, die zu einer Abspaltung und Gründung eines Verbandes der Metallindustriellen Mittelbadens führten. In der nächsten Zeit dürfte es wohl gelingen, auch dort zu einer Verständigung zu gelangen.

Das zahlenmäßige Ergebnis dieser Bewegung ist aus nachfolgender Zusammenstellung zu ersehen:

Orte	Anf. Grund des Abkommens mit den Industriellen tritt eine Verkürzung der Arbeitszeit ein um Stunden	Zahl der		pro	
		Betriebe	Arbeiter	Woche	Jahr
Frankenthal	10	2970	5	8910	556400
Heidelberg	2	126	1 1/2	225	9000
Ludwigshafen	5	246	2 1/2	694	27 760
Mannheim	20	3896	2 1/2	8914	555560
Oggersheim	1	172	5	516	20640
Eßlingen	14	1363	2 1/2	3757	150 280
Heuerbach	4	151	1 1/2	226	9020
Ludwigshafen	2	47	2 1/2	116	4600
Stuttgart-Cannstatt	28	1145	2,9	3317	132 680
Waiblingen	2	87	3	261	10 440
Juffenhäuser	1	29	2	58	2520
Zusammen	83	10 236	2,6	27 020	1 068 800

Nach diesen Zahlen ist im Industriegebiet Mannheim-Ludwigshafen-Frankenthal in 33 Betrieben für zusammen 7410 Arbeiter eine Verkürzung der Arbeitszeit von zusammen 19 259 Stunden, im Industriegebiet Stuttgart-Eßlingen in 50 Betrieben für 2290 Arbeiter von zusammen 7761 Stunden die Woche erreicht worden. In beiden Gebieten zusammen für 88 Betriebe mit 10 236 Arbeitern die Woche zusammen 27 020, für ein Jahr 1 068 800 Stunden, oder für den einzelnen Arbeiter im Durchschnitt 2,6 Stunden die Woche, 105 Stunden das Jahr.

In Stuttgart selbst ist dieses Ergebnis der Bewegung sogar schon überholt. Es hätte nach dem Übereinkommen mit den Industriellen in Stuttgart-Cannstatt in 28 Betrieben für 1145 Arbeiter eine Verkürzung der Arbeitszeit von zusammen 317 Stunden pro Tag eintreten müssen. In Wirklichkeit ist seit Eintritt in die Bewegung in Stuttgart-Cannstatt in 21 Betrieben für 1169 Arbeiter die Arbeitszeit um zusammen 3349 Stunden die Woche verkürzt worden. In verschiedenen Betrieben ist das Abkommen mit den Industriellen noch durchzuführen, dagegen ist es in anderen Betrieben schon in weitgehenderem Maße verwirklicht, ja, es ist im Laufe dieses Jahres gelungen, in Stuttgart sogar die neunstündige Arbeitszeit zu durchbrechen und kürzere Arbeitszeiten einzuführen. Im Rheinheimer Industriegebiet sind die Kollegen gerade daran die Vereinbarungen mit dem Verband der Metallindustriellen in die Tat umzusetzen.

So bedeutet diese Bewegung nicht nur einen außerordentlichen Erfolg des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in diesem Jahre, sondern sie bedeutet zugleich einen Meilenstein auf dem Wege zum Neunstundentag.

Aber auch unsere „Freunde“ im gegnerischen Arbeiterlager, die Kirche und die „Christen“, sind, während wir mit der Bewegung im Feuer standen, nicht untätig geblieben. Von der Bewegung selbst sind sie zwar vollständig ausgeschlossen gewesen, aber dafür leisteten sie um so mehr im Schimpfen über die „Anständigkeit“ der Führer der freien Gewerkschaften“ und im Aufzählen der „Misserfolge“ des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. „Just an dem Tage, an dem die Verhandlungen mit den Metallindustriellen im Parkhotel in Mannheim stattfanden, hat der Streifbruchtaktiker Tremmel ein Flugblatt herausgegeben, in dem er folgendes schrieb: „Wir erinnern nur wieder an die Neunstundebewegung des mächtigen Deutschen sozialdemokratischen Metallarbeiter-Verbandes. Wo sind die Erfolge dieser Bewegung, die mit so vielem Lament begonnen wurde, geklärten? — Während sich alle dieser Arbeiterführer die Finger wund schrieben und neue Lügen über die freien Gewerkschaften erdichteten, sind die verkümmerten Führer im Interesse ihrer Kollegen tätig gewesen, und wie aus vorstehendem zu ersehen ist, mit bestem Erfolge.“

Auch die Kirche, die das ganze Jahr nicht genug über die „Fehler“ des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes schimpfen können, um damit die Unfähigkeit der Gewerkschaften zu verdeutlichen, haben im Gewerkschaften Nr. 88 die Vereinbarung mit den Metallindustriellen abgedruckt und dazu folgendes bemerkt: „Daß die Arbeiter diesen Vorschlägen auf Herabsetzung der Arbeitszeit Widerstand entgegenzusetzen werden, ist natürlich ausgeschlossen. Demerselbstwort ist aber, daß die diesbezüglichen Verhandlungen vom Deutschen Metallarbeiter-Verband geführt wurden. Wir nehmen das Gute, von welcher Seite es auch kommt, selbst vom Deutschen Metallarbeiter-Verband, möchten aber nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß, wenn andere Organisationen mit den Unternehmern derartige Vereinbarungen auf gutlichem Wege treffen, sicherlich die sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Organe über sie herfallen werden, daß sie Harmonisierer, Unternehmerhelferinnen und wie die Ausschilde sonst heißen, sind.“ — Es muß ja wirklich äußerst unangenehm sein, wenn man trotz aller Unterordnung bei den Unternehmern bei solchen Gelegenheiten vollständig ausgeschlossen wird und für die eigenen Mitglieder die Folgen der schmächtig verkümmerten gegnerischer Gewerkschaften in Anspruch nehmen muß. Die Kirche werden sich nun wohl wieder mit fremden Federn schmücken und die Erfolge des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes als ihre eigenen ausgeben.

Für die Metallarbeiter allerwärts ergibt sich aber auch aus dieser Bewegung die Lehre, daß nur in einer Einheitsorganisation ihre Interessen am wirklichsten wahrgenommen werden können. Mehr denn je müssen die Metallarbeiter alle Zerstückelungsversuche zurückweisen und durch weitere Befestigung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes die Fortschritte ihrer Gegner vollständig unschädlich zu machen suchen.

Der badische Fabrikinspektor Dr. Wittmann über die Revision der Gewerbeordnung.

In der Sozialen Praxis hat der badische Fabrikinspektor Dr. Wittmann zwei Artikel über die Revision der Gewerbeordnung veröffentlicht, die auch die Beachtung der Arbeiter verdienen. Der Verfasser bezieht sich auf den Titel III der Gewerbeordnung, der das Arbeitsverhältnis, den Arbeitsvertrag und den Arbeiterjugend behandelt.

Die Wespresung ist beim Besuche des Unternehmens zur Beurteilung des Arbeitsbuches des minderjährigen Arbeiters ein, wenn das Arbeitsverhältnis nicht rechtens abgeschlossen ist. Die rechtensmäßige Lösung erfolgt unter Innehaltung der vorgeschriebenen Kündigungsfrist oder in allen Fällen sofort, bis die §§ 123 und 124 ratifizieren. Dabei sei unterteilt gleich konstatiert, daß in gesetzlicher einseitiger Weise jedenfalls zahlreiche Fabrik- und sonstige Arbeitsverträge zwar die Gründe des § 123 entgalten, nach denen der Unternehmer den Arbeiter sofort entlassen kann — und nicht selten sind diese Gründe nach eigenmächtigem Ermessen —, nicht aber auch die Gründe des § 124, nach denen der Arbeiter das Arbeitsverhältnis sofort, also ohne Beobachtung der etwa geltenden Kündigungsfrist, lösen kann. Ganzelt es sich um Fabriken, die verpflichtet sind, eine Arbeitsordnung aufzustellen, so haben die Arbeiter nach § 124 das Recht, bei der Gestaltung derselben mitzuwirken und sie sollen daher von diesem Recht Gebrauch machen, um namentlich der Arbeitsordnung den Charakter eines zwischen zwei Partien abgeschlossenen Arbeitsvertrages, der verbindliche Rechtskraft besitzt, zu weihen, also jede Einseitigkeit von derselben fernzuhalten und in ihr die Gleichberechtigung der beiden Kontrahenten zur Geltung zu bringen. Bringt die Arbeiter mit ihren Wünsche und Vorschlägen beim Fabrikanwalt nicht durch, so haben sie das Recht, damit in einer Eingabe an die untere Verwaltungsbehörde, die die Arbeitsordnung zu genehmigen hat, zu gelangen. Eventuell können sich die Arbeiter auch an die obere gegen die untere Verwaltungsbehörde wenden, falls diese ihrem Begehren nicht entspricht.

Dem Arbeitsbuch an sich stehen wir grundsätzlich ablehnend gegenüber, da es gleichsam ein moralisches Gesundheitsbuch des Arbeiters ist und als solches ein würdigen Seitenstück zur sogenannten „Sittenskontrolle“ der Produzenten bildet. Dr. Wittmann fordert nur nicht die Abschaffung des Arbeitsbuches, aber er kommt doch zu dem Schluß, daß es unter allen Umständen dem Arbeiter wieder zurückzugeben ist. Aber er erhebt nicht auch die Forderung, sich dazu gelangt er nicht, zu sagen, daß der Arbeiter überhaupt nicht verpflichtet werden sollte, sein Arbeitsbuch oder ein anderes Ausweiskopier dem Unternehmer zu übergeben, da es genügend sei, die einfach zur Einsichtnahme vorzulegen.

Die Verbesserung der gesetzlichen Bestimmungen, die Dr. Wittmann anstrebt, besteht in der Aufnahme einiger ergänzender Bestimmungen, wonach das Arbeitsbuch zurückgegeben werden soll, wenn das Arbeitsverhältnis beendet ist oder ohne Verschulden des Arbeiters vorzeitig gelöst wird; wenn der Unternehmer für seine Schadenerschaftsprüfung Befriedigung erhalten oder falls er nicht binnen drei Tagen nach Lösung des Arbeitsverhältnisses die ihm gegen den Arbeiter zustehenden Ansprüche gerichtlich geltend gemacht hat; falls das Arbeitsbuch vom Unternehmer nicht rechtlich zurückgehalten, sollte dem Arbeiter von der Behörde ein neues Arbeitsbuch ausgestellt werden.

Das ganze Arbeitsbuch ist das Produkt einseitiger kapitalistischer Klassenpolitik wie die Lohnkaution auch, mag es als bloße Legitimation oder als Pfeifen dem Unternehmer dienen. Was gibt denn der Unternehmer dem Arbeiter für Sicherheit, daß er die Kündigungsfrist einhält und dem Arbeiter den verdienten Lohn zahlt? Nicht die geringste. Bricht der Unternehmer den Arbeitsvertrag oder zahlt er den Lohn nicht, so muß der Arbeiter vor dem Richter sein Recht suchen. Warum im umgekehrten Falle nicht auch der Unternehmer? Arbeitsbuch und Lohnkaution sind durch nichts gerechtfertigte Privilegien des Unternehmers, Vorrechte der Klassenherrschaft und Klassenvergegnung, durch die der Arbeiter empfindlich materiell, moralisch und politisch benachteiligt ist.

Korrespondenzen.

Formet.

Delmenhorst. In dem Dorfe Goldenstedt ist im Frühjahr 1907 eine kleine landwirtschaftliche Eisengießerei eröffnet worden. Die Firma nennt sich O. H. Grashorn, Eisengießerei und Maschinenfabrik. In dieser Gießerei wurden bis Mitte Oktober an Formet 45 Pf. die Stunde bezahlt. Dieser Lohn schien aber Herrn Grashorn zu hoch zu sein, vielleicht weil die Schlosser und Dreher nur einen Stundenlohn von 33 bis 35 Pf. haben, und so kam er auf den Gedanken, die Formet in Alford arbeiten zu lassen. Am 30. September kam der Meister nach Feierabend an die Formet heran und sagte: „Hört mal her, morgen soll in Alford gearbeitet werden.“ Am Dienstag morgen kam denn auch wirklich der Meister mit einem Stück Papier in die Hude. Aber die Formet bekamen alle andere Geächter, denn die auf das Stück Papier geschriebenen Alfordpreise waren außerordentlich niedrig, so daß gar nicht daran zu denken war, daß der Lohn, der bis dahin verdient wurde, zu erzielen sei. Hierauf besprachen sich die Kollegen; sie waren einstimmig der Meinung, daß auf den Leim nicht zu gehen sei. Der Meister ging darauf mit dem Alfordtarif wieder ins Kontor. Die ganze Woche wurde nun nichts mehr vom Alford gesagt. Als aber die nächste Woche zwei Kollegen, die gekündigt hatten, geschäftlich ein paar Worte miteinander sprachen, tauchte der Meister auf: „Was soll die Schwägerin bei der Arbeit!“ Als sich die Kollegen rechtfertigen wollten, kam es so weit, daß einer sofort hinausgeschmissen wurde und der andere gleich danach. Die noch in Arbeit gebliebenen Kollegen wurden von der Ortsverwaltung Delmenhorst beauftragt, bei dem Fabrikanten vorstellig zu werden, was sie auch besorgten. Es schien, als wenn sich die Sache ganz gut zugunsten der Kollegen drehte, denn Herr Grashorn gab ihnen die Versicherung, daß sie vorläufig in Lohn weiterarbeiten sollen, bis er besseres Material habe und bessere Einrichtung getroffen hätte, hernach sollte in Alford gearbeitet werden. Die Kollegen gaben sich damit zufrieden. Am Sonnabend kam der Wendepunkt; der Meister kündigte drei Mann, so daß nur noch zwei verblieben. Einer der drei Kollegen ist verheiratet und hat fünf Kinder, diesem war bei seiner Einstellung guter Lohn und dauernde Arbeit versprochen worden. Kollegen allerorts, nehmen keine Arbeit bei der Firma!

Glennauer.

Konstanz. Die hiesigen Flaschnergehilfen haben im August an die Meister Forderungen auf Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse durch Abschluß eines Tarifvertrags eingereicht. Die Meister sind hier in einer freien Zimmung vereinigt. Da sich die Meister abnehmend verhielten und allem Anschein nach die Verhandlungen zu verschleppen gedachten, so traten die Gehilfen am 2. September in den Streik. Dieser dauerte neun Wochen und endete trotz der vorgeschrittenen Jahreszeit mit einem bedeutenden Erfolg. Es wurde zwischen der freien Zimmung und den im Deutschen Metallarbeiter-Verband organisierten Gehilfen folgender Tarifvertrag vereinbart: 1. Als Arbeitszeit gilt bis 1. April 1908 die in der Arbeitsordnung der Flaschnerinnung festgelegte Arbeitszeit. Von da an beträgt die tägliche Arbeitszeit $9\frac{1}{2}$ Stunden. Sie beginnt morgens 7 Uhr und endet abends 6 Uhr und wird unterbrochen von einer anderthalbstündigen Mittagspause. In Winter wird die Regelung der Dauer der Arbeitszeit der gegenseitigen Vereinbarung überlassen, jedoch darf dieselbe nicht unter acht Stunden pro Tag betragen. Es wird in allen Fällen nur die wirklich gearbeitete Zeit bezahlt. 2. Überstunden sind nach Möglichkeit zu vermeiden. Müssen solche in bringenden Fällen geleistet werden, so erfolgt für Überstunden ein Zuschlag von 25 Prozent, für Nacharbeit sowie Arbeit an Sonntagen und gesetzlichen Feiertagen von 50 Prozent zum vereinbarten Stundenlohn. Als Überstunden gilt die Zeit von 6 bis 9 Uhr abends, als Nacharbeit die Zeit von 9 Uhr abends bis 6 Uhr morgens. Wird bis 9 Uhr abends gearbeitet, so tritt um 6 Uhr eine einstufige Pause ein. Wenn in dringenden Fällen die Arbeit morgens früher begonnen wird, ohne daß Nacharbeit geleistet worden ist, gilt diese Zeit als Überstunden. 3. Die Lohnzahlung erfolgt wöchentlich, und zwar freitags. Der Lohn wird bis zum Schluß der Arbeitszeit ausbezahlt. An den Vorabenden vor hohen Feiertagen ist mittags Arbeitsschluß. Muß in dringenden Fällen länger gearbeitet werden, wird zum Lohn ein Zuschlag von 25 Prozent gewährt. 4. Sämtliche Arbeiten werden in Lohn ausbezahlt. 5. Der Lohn beträgt pro Stunde: Im ersten Jahre nach vollendetem Lehrjahr 32 Pf., von da an bis zum vollendeten 20. Lebensjahr 35 Pf., bis zum vollendeten 22. Lebensjahr 42 Pf., bis zum 25. Lebensjahr 45 Pf., von da an 50 Pf. Lützliche, selbständig arbeitende junge Arbeiter sind nach dem Lohnsatz für selbständige Arbeiter zu entlohnen. Bei minderleistungsfähigen und invaliden Gehilfen wird die Festsetzung des Lohnes der freien Vereinbarung zwischen Meister und Gehilfen überlassen. 6. Für Arbeiten in Abortgruben, Brunnenröhren, Senfgruben und Kanälen sowie für Arbeiten aller Art, die unterirdisch oder in engen Räumen ausgeführt werden, wird ein Zuschlag von 10 Pf. pro Stunde vergütet. 7. Bei Arbeiten in den Bororten oberhalb der Werkstätte 3 bis 5 Kilometer von der Werkstätte entfernt ist, wird, wenn abends Heimkehr möglich, neben freier Hin- und Rückfahrt zu den ledigen Gehilfen 50 Pf., für den verheirateten 75 Pf. täglich vergütet. Wenn übernachtet werden muß, erhält der ledige Gehilfe 1,50 Mk., der verheiratete 2 Mk. pro Tag Vergütung, zählt jedoch der Meister neben dem Lohne Kost und Logis, füllt der Zuschlag weg. Fahrzeit gilt als Arbeitszeit. 8. Die gesundheitlichen Arbeitsverhältnissen sind von beiden Seiten streng einzuhalten. Besonders ist für genügende Ventilation in der Werkstatt, ausreichende Wasserentwässerungen, Verbandzeug sowie für die nötigen Sicherheitsvorrichtungen auf Bauteile Sorge zu tragen. 9. Für den Fall, daß durch irgend eine der vorstehenden Vertragsbestimmungen Streitigkeiten zwischen Meistern oder Gehilfen entstehen, sind diese Streitfälle einer Schlichtungskommission zu unterbreiten, die aus je drei Mitgliedern der vertragstiftenden Parteien unter einem unparteiischen Vorsitzenden zu bestehen hat. Die Schlichtungskommission hat so schnell wie möglich, spätestens innerhalb 24 Stunden, nachdem sie von einem Teile angerufen ist, zusammenzutreten und den Streitfall mit kürzester Beschleunigung zu erledigen. Sofern sich die Parteien nicht über eine andere Person als Unparteiischen einigen, ist der jeweilige Bürgermeister oder dessen Stellvertreter als Vorsitzender zu berufen. 10. Sofern dieser Vertrag nicht spätestens sechs Wochen vor Ablauf der Vertragszeit gekündigt wird, läuft derselbe um je ein Jahr weiter. Wird der Vertrag gekündigt, so hat die Schlichtungskommission spätestens innerhalb 14 Tagen den beiden Parteien einen neuen Vertragsentwurf vorzulegen. Kann dann keine Einigung erzielt werden, ist die kündigende Partei verpflichtet, sofort das Gewerbegebiet als Einigungsamt anzurufen. 11. Maßregelungen aus Anlaß der Durchführung dieses Tarifs sind von keiner Seite aus statt. Durch vorstehende Bestimmungen darf eine Verschlechterung der bisherigen Verhältnisse nicht eintreten. 12. Vorstehende Bestimmungen treten am 1. November 1907 in Kraft und haben bis zum 1. April 1911 Gültigkeit. Der Vertrag ist in jeder Werkstätte deutlich sichtbar auszuhängen. — Außer diesen tariflichen Bestimmungen wird zur Regelung der Verhältnisse der Arbeiter von den Meistern und Gehilfen gemeinsam eine Arbeitsordnung ausgearbeitet, für deren Einhaltung Meister und Gehilfen verpflichtet sind.

Metallarbeiter.

Tiefen a. d. R. Der Streik der Dreher und Gürtler bei der Firma H. Stiller, Inhaber H. Lange, dauert nun schon zehn Wochen und noch ist kein Ende deselben abzusehen. Herr Lange, der früher selbst nur ein simpler Arbeiter war, wurde dann Buchhalter und jetzt ist er Fabrikbesitzer. Stadtrat ist er auch noch geworden. Da kann es ihm auch gewis kein Mensch verdenken, daß er die „roten Säupter“ nicht mehr haben will. Was haben nun

diese „Roten“, die seit ihrer Leichtigkeit in dem Betrieb tätig waren, verbrochen? Weiter nichts, als daß sie für die Gewerkschaft und für die Partei agitieren und daß sie sich nicht dazwischen fügten, als dieser große Herr Nöbige bis zu 30 Prozent machte. Dadurch ist er allerdings ohne seinen Willen selbst ein eifriger Förderer unserer Organisation geworden. Jetzt natürlich wundert er sich, daß es so gekommen ist. Was verlangen die Dreher und Gürtler? Weiter nichts als einen Bruchteil von den 30 Prozent zuzurück und Einstellung der gemäßigten Kollegen. Wir werden den Kampf weiterführen. Allen hiesigen Kollegen, die unserem Verband noch fernstehen, rufen wir zu: Sinein in den Deutschen Metallarbeiter-Verband!

Frankfurt a. M. Die Generalversammlung unserer Verwaltungen, die am 1. November abgehalten wurde, zeigte ein erfreuliches Bild der Organisation. Kollege Ulrich gab zunächst den Kaspienbericht vom dritten Quartal 1907. Danach betrugen die Einnahmen der Hauptkasse im verfloffenen Quartal 56861,50 Mk. Dem stehen an Ausgaben aus der Hauptkasse gegenüber: Reisegeld 3887,60 Mk., Mitgliedsunterstützung 550 Mk., Krankenunterstützung 8971,25 Mk., Arbeitslosenunterstützung 1235 Mk., Streifenunterstützung und andere Streifenausgaben 11948,26 Mk., Gemeinnützigkeitsunterstützung 712,13 Mk., in Vorkäufen 230 Mk., Sterbegeld 155 Mk., Restschuld 102,80 Mk., an die Hauptkasse wurden abgeführt 23000 Mk. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 22930,67 Mk., unter denselben befinden sich 1891,95 Mk. Streifenmarken anlässlich der Bauhofslosterauswertung. An Ausgaben verzeichnet die Lokalkasse im dritten Quartal 1907 die Summe von 26728,57 Mk., darunter an Streifenunterstützung 15533,77 Mk. Der Bestand der Lokalkasse betrug am Schluß des dritten Quartals 14780,47 Mk. Gegenüber dem vorigen Quartal ist der Verkauf der Beitragsmarken gestiegen um 8263, die Mitgliedszahl stieg um 332 und betrug am Schluß des dritten Quartals 8146, darunter 128 weibliche Mitglieder. Kollege Dismann erstattete darauf den Geschäftsbericht. Im dritten Quartal ist trotz der Erhöhung des Beitrags um 10 Pf. pro Woche der Organisationsstand vorwärts gegangen, das zeigte der Mehrumsatz an Beitragsmarken und die gesteigerte Mitgliedszahl. Wenn es nunmehr gelungen sei, die große Mehrheit der im Bereich der hiesigen Verwaltung beschäftigten Metallarbeiter für die Organisation zu gewinnen, so bliebe doch noch immer ein gutes Stück Arbeit übrig für die Zukunft. Schulung der Mitglieder innerhalb der Organisation, Heranziehung der uns noch fernstehenden Kollegen sind nach wie vor mit als unsere Hauptaufgaben zu betrachten. Das verfloffene Quartal war gleich seinen Vorgängern reich an Differenzen. Im Juli setzte die Bewegung der Bau- und Kunstschlosser ein, die den Abschluß eines Tarifvertrags unter Zugrundelegung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen erstrebte. Der Verlauf der Bewegung in seinen einzelnen Phasen ist feinerzeit in der Volkstimme und in der Metallarbeiter-Zeitung eingehend gewürdigt worden, ebenso wurde der zwischen unserer Organisation und der Meistervereinigung abgeschlossene Tarif im Wortlaut veröffentlicht. Der Tarif umfaßt etwa 115 Werkstätten mit rund 800 darin beschäftigten Arbeitern, darunter 35 Werkstätten außerhalb der Meistervereinigung mit circa 140 Arbeitern. Diese erkannten teils während der Bewegung, teils nach Beendigung des Kampfes den mit der Meistervereinigung abgeschlossenen Tarifvertrag an. Bei der Bauhofslosterbewegung legten zunächst 307 Arbeiter in 23 Werkstätten geschlossen die Arbeit nieder, nachdem auf dem Wege friedlicher Verhandlungen keine Einigung erzielt wurde. In der ersten Woche nach erfolgter Arbeitsniederlegung folgte die Aussperrung sämtlicher Bau- und Kunstschlosser, die in Werkstätten beschäftigt waren, die der Meistervereinigung angehörten. Dadurch wurde die Gesamtheit der am Kampfe beteiligten Arbeiter auf rund 650. Der Kampf selbst dauerte fünf Wochen. Die Bewegung brachte den Arbeitern nennenswerte Fortschritte (Arbeitszeitverkürzung, Montagezulagen, Betterzahlung der Überstunden und Lohnausbesserung). Nach dem vorher wie nach der Bewegung aufgenommenen Lohnstatistiken erhöhte sich durch die Bewegung der Durchschnittslohn pro Stunde um rund $5\frac{1}{2}$ Pf. Neben der Bauhofslosterbewegung wurden in einer Reihe anderer Betriebe Fortschritte erzielt, so unter anderem in 4 Betrieben mit zusammen 110 Arbeitern eine Verkürzung der Arbeitszeit von 10 auf $9\frac{1}{2}$ Stunden, in 2 Betrieben mit 300 respektive 40 Beschäftigten eine Verkürzung der Arbeitszeit von 59 auf 55 Stunden pro Woche, in einem Betrieb Einführung der neunstündigen Arbeitszeit, bisher neunemhalbstündig. Die Arbeitszeitverkürzung wurde in allen Fällen mit einer dementsprechenden Lohnhöhung verbunden. Zu drei weiteren Betrieben wurden Lohnverbesserungen respektive Alfordausbesserungen erreicht, in anderen Betrieben die Beseitigung diverser Mißstände. Das dritte Quartal hatte auch verschiedene erfolgreiche Arbeiterbewegungen zu verzeichnen. Neben schließt mit einem warmen Appell an die Mitglieder, auch in Zukunft der Organisation zu weiteren Fortschritten zu verhelfen. Die Diskussion über den Geschäfts- und Kaspienbericht war kurz, verschiedene Anfragen über Einzelheiten der Abrechnung wurden eingehend beantwortet. Zu einer lebhaften Auseinandersetzung gaben die Ertragswahlen zur Ortsverwaltung Veranlassung, weil ein Antrag der Vertrauensleute der Mitgliedschaft empfahl, nur Kollegen zur engeren Ortsverwaltung in Vorschlag zu bringen, die mindestens drei Jahre der modernen Arbeiterbewegung angehören. Nach längerem Für und Wider wurde der Vorschlag der Vertrauensleute mit großer Majorität angenommen. Bei der darauf vorgenommenen Ertragswahl wurden in die Ortsverwaltung gewählt die Kollegen Neuhoff und Morrenberg. Kollege Dismann wies dann noch hin auf die veränderte wirtschaftliche Situation, auf die sich bereits bemerkbar machen den Zeichen einer heranrückenden Krise, dieselbe macht es den Mitgliedern zur Pflicht, unablässig auf dem Posten zu sein, um allen Stürmen der Zukunft standhalten zu können.

Gardelegen. Die Arbeitsverhältnisse der hiesigen Kollegen in den landwirtschaftlichen Betrieben spotten aller Befürchtung. Es geht nur noch, das den Arbeitern aufrecht wird, das nötige Material aus Arbeitern mitzubringen. Vielleicht können sie dann zu der Einsicht gelangen, daß es nicht mehr so weitergehen kann. Von circa 65 Metallarbeitern in landwirtschaftlichen Betrieben sind nur zehn im Verband. Wie man sich hier mit den Arbeitern umsprüngen erlaubt, dafür ein Beispiel: In der Maschinenfabrik von H. Behrens, Inhaber Paul Behrends, sind die Formet nicht imstande, bei den niedrigen Eshenen exakte Arbeit zu liefern, dies gab ein Kollege dem Chef zu verstehen. Dieser Kollege wurde ins Kontor zitiert. Dort wurde ihm zu verstehen gegeben, daß der Herr Fabrikant nicht mehr zahlen will. Als unser Kollege erklärte, bei diesem Lohnlohn nicht auskommen zu können, ließ der Herr Fabrikant das Wort: „Der Ingenieur der Fabrik, hinreichend, unserem Kollegen an den Hals zu springen.“ (Deshalb wurde vorher ein Kollege, der sich im Kontor befand, hinausgewiesen? Der Vertrauensleiter.) Es war nur der Kollege, der Kollegen zur Verhinderung der Fabrik, das sie ja nicht glauben sollen, daß es jetzt besser gehe, denn sie hätten nichts gutes zu erwarten. Jedenfalls meinte er, daß es ihnen noch zu gut gehe und daß sie noch mehr tyrannisiert und schamlos gemacht werden sollten als bisher. Die weitere Erklärung des Direktors, daß das Behalten der Fabrik von der Ablieferung guter Ware abhängt, leichter wohl selbst den in der größten Gleichgültigkeit dahinschlendernden Arbeitern ein. Aber dazu gehört vor allen Dingen gutes und genügendes Material und ein Betrieb, in dem alles seinen geregelten Gang geht. Wer in diesem Betrieb ist, beides nicht vorhanden. Diesbezügliche Beschwerden sind bei der jetzigen Betriebs-

leitung in der Regel nutzlos gewesen. Deshalb rufen wir allen Kollegen zu: organisiert euch, laßt allen persönlichen Zwist beiseite und stellt zusammen in der freien Gewerkschaft, gleichviel, welcher Konfession ihr angehört. Dann könnt ihr nicht nur die Prophezeiung des Herrn Direktors ruhig abwarten, ihr werdet auch die kräftigsten Mißstände beseitigen können!

Ludivigs-Hafen a. Rh. Bei der Firma Sulzer wurden in letzter Zeit in der Gießerei eine größere Anzahl Arbeiter entlassen, weitere Entlassungen seien nach der Aussage des Herrn Direktors Ernst bevor. Diese Entlassungen und verschiedene andere Gründe machen es notwendig, einmal etwas näher die Zustände bei der Firma, deren Produkte zu einem Wert sind, einzugehen. Man sollte es kaum für möglich halten, daß die Arbeiter eines solchen Betriebs, der nur geschulte, an präzise Arbeit gewohnte Arbeitskräfte brauchen kann, eine solche Gleichgültigkeit gegen die Organisation an den Tag legen könnten, wie dies tatsächlich der Fall ist. Aber die Firma hat es verstanden, durch ihre „Wohlfahrts-Einrichtungen“ einen größeren Teil der Arbeiter an sich zu fetten. Da ist die Lebensversicherung, für die in der letzten Zeit von einem Lehrer und einem Verfassungen ganz besonders agitiert wird. Diese gehen zu jedem Arbeiter der Firma in deren Wohnung und suchen sie zu überreden, sich in die Versicherung aufnehmen zu lassen. Sie gehen dabei ganz rigoros vor. Wenn sie auch von einem Arbeiter schon mehrmal abgewiesen worden sind, kommen sie immer wieder. Sie besitzen eine genaue Personalkenntnis über jeden Arbeiter, wie lange er im Betrieb beschäftigt ist v. Bist sich nun ein Arbeiter in die Versicherung aufnehmen, so leistet die Firma je nach der Dauer der Beschäftigung einen jährlichen Zuschuß. Dadurch ist der Arbeiter geradezu an die Firma gebunden. Kommt ein solcher Arbeiter aber in die Lage, sein Arbeitsverhältnis bei der Firma lösen zu müssen, zum Beispiel infolge eines Konfliktes mit seinem Meister oder sonstigen Antriebers, so ist er nicht imstande, die hohen Prämien, die er dann allein aufzubringen hätte, zu bezahlen. Um sich vor Verlust zu bewahren, ziehen es daher die meisten Arbeiter vor, eine Faust in der Tasche zu machen und sich zu ducken. Auch hat es die Firma neuerdings versucht, den Köder der „Arbeiterwohnungen“ auszumehren. Obwohl bei den Arbeitern für den Erwerb eines Hauses in einem zu diesem Zwecke im Betrieb abgehaltenen Versammlung keine hohe Begeisterung vorhanden war, hat die Firma doch mit dem Bau von Arbeiterwohnungen begonnen. Kürzlich prangte ein Anschlag am schwarzen Brett, daß der Bau von Arbeiterwohnungen rüstig vorwärts schreite und baldig zwei Häuser ihrer Vollendung entgegengehen. Für die Arbeiter, die gewonnen seien, ein Haus als Eigentum zu erwerben, empfahle es sich (um Ausgaben für den Ankauf zu möglichst zu sparen), das sie ihren Entschluß rechtzeitig mitteilen, bevor mit dem Bau weiterer Häuser begonnen wird. Daß sich Arbeiter melden, daran zweifelt die Firma nicht, sie kennt ihre Bauherrn zu genau. Obwohl schon die schmerzlichen Erfahrungen gerade auf diesem Gebiet, namentlich bei Lohnbewegungen, gemacht worden sind, fallen immer noch Dummheit auf dieses Feldmännlein hinein. — Im vorigen Jahre wurde der hundertjährige Geburtstag der Gründung der Firma gefeiert. „Natürlich“ in Form eines förmlichen Festessens. Dazu waren die Vertreter der Regierung, der städtischen Behörden, der Arbeiteraussschuss und die Arbeiter, die 10 Jahre und länger im Betrieb beschäftigt waren, geladen. Unter diesen Arbeitern sah man manchen, der sich, wenn es nichts kostet und er keine Opfer zu bringen braucht, etwas radikal gebärdet, mit dem Gesicht einherholzt. Der Arbeiteraussschuss und die älteren Arbeiter erhielten ein großes Geschenk, eine bronzene Medaille von ansehnlichem Gewicht. Als vor einiger Zeit ein Herr Sulzer in Wintertur starb, wurden der Stantenliste der hiesigen Filiale 300000 Mk. vermacht. Aber gerade in allerjüngster Zeit sind verschiedene Arbeiter, die sich nach ihrer Genesung wieder zur Arbeit meldeten, entlassen worden. Als kürzlich die Frau eines Arbeiters, der nach kurzer Genesung sich wieder krank meldete, den rückständigen Lohn (30 Mk.) abholen wollte, wurde dieser Betrag aus lauter Humanität für Vorzuschuß und für die Kosten, die der Arbeiter vor der Firma bezogen und die meist teilweise abgezogen wurden, total abgezogen, so daß die Frau mit leeren Händen wieder abziehen mußte. Derlei Fälle könnten noch mehr aufgezählt werden. Humanität! Wohlfahrt! — Obwohl, wie eingangs bemerkt, Entlassungen vorgenommen und angekündigt werden, werden in einzelnen Abteilungen noch Überstunden und Überstunden gemacht. Unter den Entlassenen sind auch solche, die schon mehrere Jahre im Betrieb tätig sind, die sich aber bei den letzten Bewegungen für ihre Interessen ins Zeug legten. Als daraufhin der Arbeiteraussschuss vorstellig wurde, erklärte ihnen Herr Direktor Ernst ganz offen, daß nicht allein Arbeitsmangel, sondern auch ihr Betragen bei der letzten Bewegung mit zur Entlassung beigetragen habe und andere könnten sich noch „darauf gefast machen“. Das ist die Antwort auf den letzten Konflikt mit der Firma, bei dem es sich um die Maßregelung eines Formeters handelte, was die Direktion bei den Unterhandlungen gerade keine rühmliche Rolle gespielt hat. Nach Weisung des Konflikt gab Herr Ernst die Erklärung ab, keine weitere Maßregelung vorzunehmen. Trotzdem sind welche vorgenommen worden. An dieser Stelle soll auch gesagt werden, daß der Arbeiteraussschuss bei den ganzen Unterhandlungen und wie sie zum Abschluß gekommen sind, mit Ausnahme von zwei Kollegen, eine geradezu jämmerliche Rolle gespielt hat. Aus diesem Verhalten des Arbeiteraussschusses resultiert auch des jetzige Verhalten des Direktors Ernst. Wenn nach einer solchen Zerfahrenheit der Arbeiter ihnen der Unternehmer seine brutale Macht fühlen läßt, so ist das erklärlich. Wenn sich angesichts dieser Tatsachen die Kollegen nicht dazu auftrauen, endlich einmal ihre Gleichgültigkeit abzuwerfen, so verdienen sie die Behandlung, die ihnen zuteil wird. Bei der bevorstehenden Krise hätten sie alle Ursache, zu verhüten, daß sie nicht ganz zum willenlosen Sklaven herabgedrückt werden. Namentlich sind es die Kollegen der großen Montierung und großen Gießerei, die sich von ihren übrigen Mitarbeitern förmlich abheben. Auch sie sollten endlich eingedenk sein, daß mit jeder Verschlechterung der Lage ihrer Mitarbeiter auch ihre Lage sich nicht verbessert, sondern verschlechtert. Wir raten ihnen, sich nicht ganz mit Haut und Haaren der Firma auszuliefern, denn es wird die Zeit kommen, wo sie es bitter bereuen werden. — Vor kurzer Zeit ist auch ein Eisenfaß mit eigener Restauration fertig geworden. Der Saal soll den Arbeitern zu Versammlungen und sonstigen Veranstaltungen zur Verfügung gestellt werden. Ob auch zu Gewerkschafts- und politischen Versammlungen, wissen wir nicht. Raun einige Wochen fertig, machen sich schon einzelne Elemente bemerkbar, einen Fabrikgangverein zu gründen. Käme dieser zustande, so wäre auf Umwegen die gelbe Gewerkschaft fertig — ein sehnsüchtiger Wunsch des Herrn Direktors Ernst. Deshalb, Kollegen, seid auf der Hut, beugt diesem Plane heiligen vor. Ihr müßt eure Interessen mit Energie und Klassenbewußtsein vertreten und den letzten Mann im Betrieb dem Deutschen Metallarbeiter-Verband zuführen, dann wird es auch anders werden! Bz.

Wörzheim. Zur Lohnbewegung in den Wörzheimer Maschinenfabriken und mechanischen Werkstätten. In Nr. 42 der Metallarbeiter-Zeitung berichteten wir ausführlich über die Vereinbarung betreffend die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Wörzheimer Maschinenfabriken und mechanischen Werkstätten. Wir gingen aber nach Abschluß der hiesigen Bewegung auch daran, mit den Firmen außerhalb Wörzheims die hiesigen Vereinbarungen ebenfalls zu Durchführung zu bringen, wenigstens so weit, als es auf Grund des in diesen Fabriken vorhandenen Organisationsverhältnisses möglich war. Das mit der Firma Selmer in Nierstein die Vereinbarung abgeschlossen ist, bereits in Nr. 42 der Metallarbeiter-Zeitung berichtet worden. Die nächste Firma war die Maschinenfabrik von G. H. & Söhne in Müllacker, mit der die folgende, am 1. November in Kraft getretene Vereinbarung abgeschlossen wurde: 1. Die regelmäßige tägliche Arbeitszeit beträgt nicht über $9\frac{1}{2}$ Stunden. Sie beginnt einschließlich Samstag morgens 6 $\frac{1}{2}$ Uhr und endet abends $5\frac{1}{2}$ Uhr mit 15-minütiger Frühpause und 15-minütiger Mittagspause von 12 bis 1 $\frac{1}{2}$ Uhr. Der Lohn für die einzelnen Stunden wird entsprechend der Verkürzung der Arbeitszeit erhöht, so daß bei 57-stündiger Arbeitszeit der gleiche Verdienst erzielt wird, wie bei 60-stündiger Arbeitszeit. Die Pausen werden nicht in die Arbeitszeit eingerechnet. Zur Reinigung der Maschinen wird, jedoch nur für Maschinenarbeiter, Samstag zehn Minuten vor Arbeitsschluß die

Maschine abgestellt. Es ist unter, daß geistige Getränke oder Speisen in das Geschäft oder auf die Arbeitsstätte zu lassen. Doch ist es den beschäftigten Personen gestattet, sich ihr Frühstück und bei Weilarbeit das Vesper mitzubringen. Arbeitgeber und Arbeitnehmer verpflichten sich im Übrigen, dafür zu sorgen, daß der Genuß geistiger Getränke während der Arbeitszeit beseitigt wird. — 2. Wöchentliche Vermeidung der heute noch bestehenden Weilarbeit und bessere Bezahlung derselben in unvermeidlichen Fällen mit einem Zuschlag von 20 Prozent für die ersten drei Stunden und je 30 Prozent für jede weitere Stunde (Nachtarbeit) und Sonntagsarbeit zum vereinbarten Stundenlohn oder Akkordverdienst. Unter Weilarbeit wird alle die über die regelmäßige, im Betrieb übliche, wöchentliche Arbeitszeit hinausgehende Arbeit verstanden. Wird in der Welt gearbeitet, so wird von 6½ bis 6 Uhr eine Pause gemacht. Die für Termine und Kontrollversammlungen notwendige Zeit wird bei Berechnung der Weilarbeit nicht in Abzug gebracht; bei anderen berechtigten Abhaltungen ist es der Kulant der Arbeitgeber empfohlen, die Zeit nicht in Abrechnung zu bringen. Zeitverräumnisse, die durch den Arbeitgeber selbst veranlaßt werden sowie allgemeine Feiertage kommen nicht in Abzug. Auf Personen, die mit festem Wochen- oder Monatslohn angestellt sind, haben vorstehende Zugeständnisse keinen Einfluß. — 3. Die seitherigen Stundenlöhne werden, soweit dies in letzter Zeit nicht geschehen ist, einer Revision unterzogen und Aufbesserungen zugestanden. — 4. Regelung des Akkordsystems in der Weise, daß: a) der Akkordpreis dem Arbeiter vor Übernahme jeder Arbeit schriftlich mitgeteilt und der vom Arbeiter verdiente Lohn voll ausbezahlt wird; b) der einmal festgesetzte Akkordpreis nur dann einer Revision unterzogen wird, wenn dies durch eine Veränderung in der Arbeitsmethode oder der Arbeit selbst bedingt ist; c) der verdiente Lohn in den Fällen, wo ein Arbeiter ohne sein Verschulden bei Ausübung einer Arbeit zu einem neu festgesetzten oder reduzierten Akkordpreis den mit ihm vereinbarten Stundenlohnverdienst nicht zu erreichen vermag, gewährleistet wird; d) die Akkordpreisverzeichnisse im Fabrik- oder Werkstattraum ausgehängt werden. — 5. Für Montagelöhne in Mühlwerken, die mehr wie fünf Stunden betragen, werden folgende Zuschläge gewährt: a) bei Arbeiten in der Nähe des Betriebes 10 Prozent; b) bei Arbeiten in größerer Entfernung vom Betrieb, bei welchen ein Einnehmen des Mittagessens zu Hause nicht möglich ist, 20 Prozent; c) bei auswärtigen Arbeiten im Umkreise von fünf Kilometer wird bei freier Hin- und Rückfahrt eine tägliche Vergütung von 1 Mk. bezahlt. Bei Konturen, die vorwiegend mit Montagearbeiten beschäftigt sind, können die Zuschläge für Montagelöhne am höchsten Plage in Fortfall. Die Fahrzeit gilt als Arbeitszeit. Wenn auswärts übernachtet werden muß, werden pro Tag 3 Mk. vergütet. Sonntags muß die Zulage ebenfalls bezahlt werden. Bei Arbeiten in außerordentlich teuren Orten (Hut- und Wälderorten) bleibt die Höhe der Zulage gegenseitiger Vereinbarung überlassen, doch darf sie nicht weniger als 8 Mk. täglich betragen. — 6. Der Lohn wird, soweit durch die Eigenart des Betriebs dies nicht anders bedingt ist, wöchentlich (Sonntags) mit Schluss der regelmäßigen Arbeitszeit ausbezahlt. — 7. Schaffung genügender Betriebsverhältnisse nach den Anforderungen der Reichsversicherungsordnung durch: a) Anschaffung geeigneter Heizungs- und Lüftungseinrichtungen; b) ausreichender Beleuchtung, Schutzvorrichtungen, Maßgeschützte, Vorüberläufe, Bedürfnisanstalten, Kugelmühle u. s. w. — Auch hier ist wieder der Mensch zu berücksichtigen und notwendig eine gute Organisation für die Arbeiterchaft ist. Während in anderen gleichartigen Betrieben, wo die Organisationsverhältnisse der Arbeiter schlechte sind, geradezu tragische Verhältnisse herrschen, indem noch 12 bis 16 Stunden und noch länger gearbeitet wird, die Löhne so gering sind, daß sie kaum ausreichen, die äußersten Bedürfnisse zu befriedigen — gar nicht zu reden von hygienischen und familiären Einrichtungen —, ist hier durch Vereinbarung alles festgelegt und dafür gesorgt, daß der Arbeiter nicht mehr ein Spielball der Laune des Unternehmers ist. Darum mögen die uns noch fernstehenden Kollegen den Wert der Organisation erkennen und durch ihren Beitritt mit dafür sorgen helfen, daß auf diesem Wege Fortschritte werden kann. Nach Ansicht unserer Verbandskollegen ist es, nicht nachzulassen in der Agitation, denn alle organisationsfähigen Kollegen müssen für den Deutschen Metallarbeiter-Verband gewonnen werden, damit wir nicht nur das Erreichte erhalten, sondern noch mehr erringen können.

gestellt. Nach drei Tagen erklärte jedoch der Meister, ihn wieder entlassen zu müssen, da er sich auf diese Maschinen nicht einarbeiten könnte. Die Firma beschäftigt in Mathenow zwei „Werkmeister“, zwei bis drei Gesellen und über 12 Lehrlinge. Es findet ein fortwährenden Wechsel der gelernter Arbeiter statt. Die Kollegen mögen sich also vorsehen, damit sie vor Schaden bewahrt bleiben.

Rüsselshelm. Die Firma Adam Opel hat in letzter Stunde noch annehmbare Zugeständnisse gemacht und sie mit einer Lohnkommission auf zwei Jahre vertraglich festgelegt. Die wöchentliche Arbeitszeit — bisher 60 Stunden — wurde auf 57 Stunden festgesetzt. An den Sonntagen tritt der Arbeitsschluss 15 Minuten früher ein als an den übrigen Wochentagen. Für Überstunden gab es bisher 10 Prozent, jetzt 20 Prozent Zuschlag. Für gelernte Arbeiter werden von nun an Anfangslöhne mit nachstehenden Mindestlöhnen bezahlt: Im Betrieb gelernte Arbeiter nach bendeter Lehrzeit 23 Pf., für neu eingetretene Schloßer und Dreher 40 Pf., für Spengler 45 Pf. pro Stunde. Tüchtige leistungsfähige Arbeiter erhalten entsprechend mehr. Nichtgelernte Arbeiter erhalten Anfangslohn: vom 21. Jahre an 34 Pf. Für alle im Betrieb tätigen Arbeiter wird ein Stundenlohn festgesetzt, auf der Grundlage ihm mitgeteilt und fortlaufend verrechnet. 80 Prozent vom Verdienst bis 12 Monate rückwärts gelten als fester Stundenlohn. Die im Betrieb beschäftigten reinen Tagelohnarbeiter erhalten bei 57 Stunden den gleichen Verdienst, wie bei seitheriger 60stündiger Arbeitszeit. Die Festsetzung und Änderung der Akkordlöhne ist der freien Vereinbarung unterworfen. Hisher mußten die Drehscheiben Arbeiter sich Putzwolle, Schmirgelstein und Feilen aus eigenen Mitteln beschaffen. Von nun an wird nur ein Mehrverbrauch gegen den bisherigen in Rechnung gestellt. Die mangelnde Fürsorge für die Arbeiter im Betrieb wird möglichst behoben, es ist dies ja auch von verschiedenen baulichen Veränderungen abhängig und sicher zu erwarten. Die Vereinbarungen können zwei Monate vor Ablauf gekündigt werden. — Alles in allem kann die Arbeiterchaft in Anbetracht des nahezu plötzlich eingetretenen Sturzes in der Automobilindustrie mit dem Erreichten zufrieden sein. Nur eins ist vorhanden, was die Geister nicht zur Ruhe kommen läßt: es ist das Verhalten des Herrn Oberingenieurs Henke und seiner Hausknechte. Diese bringen es fertig, den Chef der Firma Opel zu terrorisieren. Das mag nicht glaubhaft klingen, aber es ist doch so. Schon während der Zeit, wo die Arbeiter in der Kündigungsflut standen, hatte es den Anschein, und jeder von uns hatte das Gefühl, als ob gerade diesen Herren ein Streit ganz besonders erwünscht wäre.

Singen a. S. „Probieren geht über Studieren.“ dies Sprichwort fiel auch der Direktion der Eisen- und Stahlwerke normals Georg Fischer (Fittingsfabrik) ein. Sie dachte: versuchen wir einmal das Experiment, die Gewerkschaften bei niedrigerer Konjunktur anzugreifen und ihnen den Garaus zu machen. Selbstverständlich meinte man nicht einen großen Kampf, denn das könnte schief gehen und die öffentliche Meinung wäre nicht so leicht irrezuführen. Nein, man wollte erst die Lässigkeit und Feigheit der Gewerkschaften erproben und ausstudieren, und so griff man denn zu mehreren Maßnahmen. Man kündigt einigen Kollegen unseres Verbandes, ferner dem Vorsitzenden des Fabrikarbeiter-Verbandes und dem Vorsitzenden des christlichen Metallarbeiter-Verbandes, angeblich wegen Mangel an Arbeit und mangelhafter Leistung. Man ist es schon ein paarmal, einem glauben machen zu wollen, daß Arbeiter, die jahrelang zur Zufriedenheit im Geschäft gearbeitet, zu wenig leisten. Als ob die Direktion diese Leute jemals beschäftigt hätte aus reiner Menschlichkeit. Das Gegenteil ist der Fall, sie wurden beschäftigt, um Proben aus ihnen herauszuholen. Entlassen sind sie jetzt wegen Zugehörigkeit zur und Tätigkeit für die Organisation. Aber auch die Behauptung fällt in nichts zusammen: es wäre in der betreffenden Abteilung zu wenig Arbeit vorhanden. Wäre dies wirklich der Fall, so konnten die Entlassenen in einer anderen beschäftigt werden, oder es konnte in der betreffenden Abteilung die Arbeitszeit reduziert werden. Übrigens spielen in einem Doppelgespräch von mindestens 9000 Arbeitern acht Namen in der Produktion keine Rolle. Dies ist die Meinung der Arbeiterchaft, die die Antwort auf ein so rigoroses Vorgehen nicht schuldig bleibt. Es wurde sofort eine große Versammlung einberufen, in der man in scharfer Weise das durch nichts gerechtfertigte Vorgehen der Direktion ablehnte und in einer einstimmigen angesprochenen Resolution ganz energig dagegen protestierte. Auch von christlicher Seite wurde in einer Protestresolution dagegen Stellung genommen. Hierauf wurden die Beschäftigten der beteiligten Verbände beim Generaldirektor Herrn Henke in Schaffhausen vorstellig. Nach dem Bericht des christlichen Delegierten sagte man ihm unter anderem, daß es jetzt gar nicht darauf ankomme, das Geschäft auf ein paar Monate zu schließen. Dem Delegierten unserer Organisation und dem des Fabrikarbeiter-Verbandes gab man die Zusage, daß die Entlassenen auf ihr Verlangen Beschäftigung im Hauptgeschäft in Schaffhausen finden würden. Als diese aber dort ankamten, erhielten sie per Kontant, das keine Arbeit voranden sei, trotzdem es seinen Tage ein anderer Arbeiter eingestellt wurde. Selbstverständlich mußte man die Sperre über das Geschäft verhängt werden und es wurde deshalb die Klatsche an allen nur geeigneten Stellen angeklebt. Das große Schicksal der Direktion. Sofort wurde ein Arbeiter bearbeitet, die Klatsche abgetragen, was jetzt schon ein paarmal geschehen ist. Auch wurde der Arbeiterchaft, daß die Entlassenen mit ihm unter anderem mitgeteilt: die Direktion behaupte die Sperre als Kriegserklärung und wenn sie in einigen Tagen nicht aufgehoben würde, müsse sie den Kampf auf und werde unbesonnenweise alle die entlassen, die der Direktion nicht passen. (Dies hat sie aber schon so sehr getan.) Auch wurde sie darauf hingewiesen, daß es nicht darauf ankomme, mehrere Hundert zu entlassen. Der Ausschuss sollte aber auch allen Arbeitern sagen, daß auch das Geschäft „organisiert“ sei und es werden die entlassenen Arbeiter in keinem Geschäft mehr Arbeit erhalten, das der Unternehmungskategorie angehöre. Aber die Arbeiterchaft zeigte keine so richtige Freude vor dieser Zusage, sie hob die Sperre nicht bedingungslos auf, sondern sie unterstellte sie der Zustimmung der Direktion durch ein Arbeiterentscheidungsorgan, das die Arbeiterchaft wohl jederzeit bereit sei, die Sperre aufzuheben, wenn ein treffendes Verhältnis hergestellt wird. Außerdem, die mit den Beamten der beteiligten Organisationsverbände werden müssen. Die Arbeiterchaft will den Forderungen, aber sie muß Gesandten haben, die sie von der anderen Seite gelassen und nicht die Nachsicht der Sperre dazu benutzt wird, die organisierte Arbeiterchaft erst mit allen Pfeilen zu treffen. Die Sperre bleibt deshalb bis auf weiteres bestehen. Aber noch ist ein Schritt zu machen, denn es wurde schon erklärt, daß die Arbeiterchaft für die Kinder in Singen gegründet wurde, die Kinder sollen für die Kinder in Singen gegründet werden, die Kinder sollen für die Kinder in Singen gegründet werden, auch beinahe die Organisationsverbände keine Zusage. Die Betriebsleiter werden erzwungen, sich für den Kampf gegen die Arbeiterchaft zu engagieren, wenn man sie beim „Schweigert“ beträcht fallen zu lassen, beim geschilderten und 2 Mk. Gehalt werden und wenn sich's nicht verbitt, entlassen werden. Hier liegt man ganz bedingungslos, „Schweigert“ beschließen werden. Die Arbeiterchaft mußte dies mit allen Umständen tun, nicht wenn sie einen Schritt weiterkommen, sondern wenn sie sich gegen die Sperre des Herrn Henke stellen, und das ist es, was man hier sagen will. So ist es auch mit den Arbeiterentscheidungen. Auch diese sind nicht gemacht, man darf ihnen keinen Körper zusetzen, sondern sie sind für Kinder und sich für Kinder und Kinder Arbeiter bedingt. Arbeiterchaft begibt sich auf die Spur. Es wurde schon Schritten mit sehr breiter Fronte die Sperre gekündigt, während andere aber Kinder die Sperre behaupten wollten. Mitglieder bürgerlicher Massenvereine, die sich als Gelder gewinnen lassen, haben auch hier den Versuch, einen einseitigen einseitigen, der die Sperre kündigt, so möchte die Arbeiterchaft sich nicht verbitt. Indem läßt sich die organisierte Arbeiterchaft nicht nur machen. Denn bis jetzt hat die Direktion nur das Gute fertig gebracht, daß die Organisationsverbände gekündigt sind. Und sie wird auch jetzt nur wieder dazu beitragen, die Arbeiterchaft zu stärken und in die Gewerkschaften hineinzubringen, damit sie dann später die gute Organisation um so besser auszunutzen vermögen. Die nachstehenden Personen der Fittingsfabrik werden wohl noch einsehen können, daß sie sich an den oben erwähnten Organisationen die Hände zu binden werden. — Die Direktion, die wegen „Mangel an Arbeit“ Arbeiter entläßt, hat aber Mangel an Arbeitern. Denn

sonst würde sie doch nicht folgendes Schreiben verschickt haben: „Zeil. Arbeitennachweisedureau der Gelben Arbeiter-Zeitung, Zürich, Hallmühlstraße 20. Hiermit erlaube ich mir Sie höflich, uns Dreher und Schloßer auf Mobellarbeiten zuweisen zu wollen, wenn solche bei Ihnen vorkommen sollten. Die benötigten Arbeiter sind für unsere Filiale in Singen a. S. bestimmt und können mir dauernde und gut bezahlte Arbeit in Aussicht stellen. Wir bemerken zu Ihrer Orientierung, daß unser Geschäft in Singen von der christlich-sozialen Arbeiterpartei wegen Entlassung einiger Arbeiter gegenwärtig gesperrt ist, und wünschen wir deshalb auch nicht, daß ein betreffendes Gesuch unser Arbeitsgesuchs in der Gelben Arbeiter-Zeitung erscheint. Die Sperren für Ihre Bemühungen belieben Sie per Nachnahme auf uns zu erheben. Für Ihre Gefälligkeit bestens dankend, zeichnen wir Hochachtungsvoll M. J. K. M. G. in Singen a. S. bestimmt und können mir dauernde und gut bezahlte Arbeit in Aussicht stellen. Wir bemerken zu Ihrer Orientierung, daß unser Geschäft in Singen von der christlich-sozialen Arbeiterpartei wegen Entlassung einiger Arbeiter gegenwärtig gesperrt ist, und wünschen wir deshalb auch nicht, daß ein betreffendes Gesuch unser Arbeitsgesuchs in der Gelben Arbeiter-Zeitung erscheint. Die Sperren für Ihre Bemühungen belieben Sie per Nachnahme auf uns zu erheben. Für Ihre Gefälligkeit bestens dankend, zeichnen wir Hochachtungsvoll M. J. K. M. G. in Singen a. S. bestimmt und können mir dauernde und gut bezahlte Arbeit in Aussicht stellen.“

Trebbin. Bei der Firma Hagendorf, Werbermann & Jürgens, Fabrik für Fahrabteile, Spezialität Luftpumpen, sind wegen Akkordreduzierungen Differenzen ausgebrochen. Im vorigen Jahre bereite die Firma den Arbeitern durch eine 4prozentige Reduzierung der Akkordpreise eine besondere Weihnachtsgabe; sie glaubt nun, auch in diesem Jahre etwas tun zu müssen. Am 11. November wurde der Arbeiterchaft eine neue Akkordliste unterbreitet, nach der fast alle Arbeiten um 20 bis 30 Prozent billiger als bisher gemacht werden sollen. Die Firma verlangt, entweder bis zum Abend die neue reduzierte Akkordliste anzuerkennen oder, was das nicht wolle, habe am Montag abend keine Kündigung einzuziehen. Schon bei den bisherigen Preisen war der Verdienst ein äußerst niedriger, bei den reduzierten Preisen ist es ganz unmöglich, weiterarbeiten zu können. Die Kollegen haben daher die Kündigung eingereicht. Wir erlauben, den Zuzug von Metallarbeitern nach Trebbin unter allen Umständen fernzuhalten.

Widdert bei Solingen. Eine öffentliche Metallarbeiterversammlung wurde hier am 10. November abgehalten, die sich recht interessant gestaltete. In diesem Orte ist der Hauptort der lokalen Organisationsform, fast nur Messer- und Scherschneidwerke der sozialistischen Richtung kommen hier in Betracht. Das Versammlungslokal war vollständig besetzt, über 300 Personen hatten sich eingefunden, die dem Referat des Kollegen Sembler lauschten, der über die kommenden Kämpfe der Solinger Stahlwarenarbeiter und deren Interessenerretzung referierte. In der Hand des in Nr. 45 der Metallarbeiter-Zeitung erschienenen Jahresberichtes des Arbeiterverbandes des Kreises Solingen wies der Referent darauf hin, daß augenblicklich die aufgeworfene Frage doppelt zu prüfen sei, da die Konjunktur wesentlich nachgelassen habe. Ein Nachlassen der Konjunktur bedeutet aber geringere Arbeitsgelegenheit und Druck auf die Löhne. Aus dem Zirkular des Unternehmens gehe aber umgekehrt hervor, daß die Interessenerretzung des Unternehmens keinen Unterschied in bezug auf die Arbeiterorganisation anerkenne, besonders wenn die Herren unter sich sind. Nach außenhin allerdings versuche man, aus dem Bestehen der zweierlei Organisationsformen in der Metallindustrie des Kreises Solingen soviel als möglich Kapital zu schlagen, die Arbeiter gegeneinander zu hetzen. Es fragte sich, ob das die Arbeiterchaft auf die Dauer ruhig ansehen würde, ob sie nicht einsehe, daß eigentlich ein gemeinsames Vorgehen um so notwendiger sei, wenn man bedachte, daß die meisten Preisverzechnisse in der Zeit des stottern Geschäftsganges aufstunde gekommen seien, und es sich jetzt und auch in Zukunft darum handle, diese auch hochzuhalten und durchzuführen. Es sei ausgemacht, daß bei dem gegenwärtigen Zustand der Dinge eine Partei etwas erreichen könne, ohne daß die andere daran teilnehme. Ebenso sei aber bereits erwiesen, daß mit dem Arbeitgeber-Verband auch der Industriearbeiter-Verband rechnen müsse, wenn die führenden Persönlichkeiten des letzteren auch immer erklärten, sie ließen sich überhaupt nicht mit dem Arbeitgeber-Verband ein. Die Tatsache an und für sich allein, daß man nach der Bildung des Industriearbeiter-Verbandes gezwungen sei, für die bisher immer leer ausgehenden Branchen, die aus eigener Kraft niemals etwas erreichen konnten, einzutreten, macht die Unternehmer schämen, wenn sie sich das auch nicht merken lassen. Die Gründung des Vereines der Schleifereibesitzer, die Forderung, daß kein Unternehmer mit der eigenen Arbeiterchaft Abmachungen treffen solle, charakterisieren den Weg, den die Unternehmer gehen, der über kurz oder lang zum offenen Konflikt führen muß. Sei dieser aber zu gewärtigen, dann sei es auch Pflicht, sich dagegen in einer großen und starken Organisation zu schützen, und noch mehr Pflicht, in objektiver Weise dahin zu streben, daß der Ausbau der Organisation vorwiegend wird. — In der Debatte ging es heiß her. Die Führer des Industriearbeiter-Verbandes, besonders dessen Geschäftsführer Böhmert, ließen es sich anlegen sein, die alten persönlichen Vorurteile zu erwidern, womit die Stimmung erzeugt wurde, die sie in dem im Jahre 1905 stattgefundenen Kampfe des Messerschleifervereines gegen die Firma Hagemesfelder geäußerten. Andererseits wies Böhmert es aber weit von sich, als ob der Arbeitgeber-Verband einen Druck auf sie ausüben könne, im Gegenteil, die Herren vom Arbeitgeber-Verband könnten so sehr in der Sache sein, wie sie wollten, der Industriearbeiter-Verband ließe sich in keiner Weise beeinflussen, vorzugeben. Bitte stellte sich auf den Standpunkt, daß ihn vom Deutschen Metallarbeiter-Verband weiter nichts trenne als die fehlende Bewegungsfreiheit, die die einzelnen Branchen in Solingen umgeben haben müßten. (Denn ist es gegangen wie Langenberg, der vor der Öffentlichkeit die gleiche Erklärung abgab und im Messerschleiferverein einen Vortrag hielt gegen den Anschluss an den Deutschen Metallarbeiter-Verband.) Neben den sonstigen Rednern von jener Seite kamen noch die Kollegen Dooht und Beck von uns zum Worte. Beck zeigte die „Bewegungsfreiheit“ im Industriearbeiter-Verband, wo auch erst der Vertreter des Messerschleifervereines werden müßte, ehe vorgegangen und ein Streik begonnen werden könne. Abgegeben davon würde aber auch im Industriearbeiter-Verband immer Kläglich darauf genommen werden müssen, daß die Finanzkraft zu leicht erschöpft werden könnte, wenn eine größere Anzahl Kollegen in Kämpfe verwickelt würden, was der Deutsche Metallarbeiter-Verband zu leicht nicht zu fürchten braucht. Kollege Sembler wies in der Diskussion die Vorurteile wegen des Hagemesfelder Streiks zurück und forderte die Geschäftsmänner auf, sich ein eigenes Urteil zu bilden, nicht nur das nachzugeben, was von gewisser Seite zur Vergebung in die Massen hineingetragen wird. Von seiner Erklärung im Kaiserpaal unterstüzt man mit Absicht den Nachsatz, der jedoch von der Arbeiterchaft gebraucht worden sei. Der Nachsatz gehe aber dahin, daß Hagemesfelder nur durch in seinem Betriebe betrieblen lassen kann, was er will, wenn er sich mit den Lohnverhältnissen abfindet, die eventuell von der organisierten Arbeiterchaft abhängig sind. — Die weitere Diskussion erstreckte sich in den persönlichen Bemerkungen und in der Urkunde, die abschließend einsehte. Zum Schlusse konnte es sich der Redaktion des Stahlwarenarbeiter nicht versagen, die sonstige Rolle, die er seiner schon immer gespielt hat, auch hier zu markieren. Im letzten Akt brachte er nämlich noch eine Resolution ein, die die Amnestie „verweigert“, aus dem Deutschen Metallarbeiter-Verband aus- und in den Industriearbeiter-Verband einzutreten. Aus Fronte stimmten eine ganze Anzahl Metallarbeiter für diese Passivereiere. — Jedenfalls ist ein Teil der Besucher dieser Versammlung zum Nachdenken gebracht worden. Die Beobachtungen, die man während des Referates des Kollegen Sembler machen konnte, weisen darauf hin, daß es einem großen Teile der Versammlungsbesucher etwas neues war, die hiesige Bewegung neu solchen Gesichtspunkten zu beurteilen, wie es in Semlerschen Referat geschehen ist. Der eigentliche Erfolg dieser Versammlung dürfte sich allerdings erst später zeigen.

Hannover. Die Berlin-Mathenower Werkzeug- und Maschinenfabrik von Zander & Opiß hat in andern hiesigen hiesigen Werkzeug- und Maschinenfabriker bei seinen Verbindungen. Nach anschließender Beschäftigung soll Vergütung des halben Monats erfolgen. Ein Kollege, der während dieser Epoche abgetreten hat, wurde auf eine solche Antwort hin ein-

Rundschau.

Ein „Freund“ der Krankenversicherungsreform.

Dem Projekt der Bued und Genossen auf Verschlechterung der Krankenversicherung ist ein Fürsprecher in der Person des schon öfter genannten Dr. Richard Freund erstanden. In Nr. 7 der Sozialen Praxis veröffentlicht er einen Artikel, worin er zunächst von dem an sich richtigen Gedanken ausgeht, daß die Zusammenlegung der Krankenversicherung und der Invalidenversicherung im Interesse der Versicherten wünschenswert sei. So weit, so gut. Nun aber polemisiert Dr. Freund gegen die auf dem zweiten allgemeinen Krankentagungs-Kongress Deutschlands (16. und 17. März 1906) angenommene Resolution, die sich mit der Zusammenlegung der gesamten Arbeiterversicherung einverstanden erklärt, jedoch die Selbstverwaltung der Krankenkassen nicht angetastet wissen will. Dazu bemerkt Dr. Freund:

„Die Arbeiter befinden sich hierbei in dem erheblichen Irrtum, daß sie Selbstverwaltung mit ‚Vorherrschaft der Arbeiter‘ identifizieren. Die heutige Verteilung des Stimmverhältnisses — zwei Drittel Versicherte und ein Drittel Arbeitgeber — ist, wie ich dies schon früher wiederholt ausgeführt habe, sozialpolitisch unbedingt zu verwerfen. Der unseren neue sozialpolitischen Organisationen zugrunde liegende Gedanke, die Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer durch ihre gemeinschaftliche Tätigkeit bei der Durchführung der sozialpolitischen Aufgaben inniger zu gestalten, die beiden sich nießfach gegenüberstehenden Gruppen einander näherzubringen, ist ein durchaus gesunder und richtiger. Das ungleiche Stimmenverhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern bringt die völlige Ohnmacht der Arbeiter mit sich, hat infolgedessen vielfach zu schweren Konflikten innerhalb der Verwaltung geführt, öfter (?) (Ab. v. M. -Ztg.) mit dem gänzlichem Rücktritt der Arbeitgeber von der Verwaltung geendet und so die bestehenden Gegensätze zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern noch mehr verschärft. Eine Organisation, in welcher Arbeitgeber und Arbeitnehmer gemeinsam erfolgreich wirken sollen, in welcher dieses gemeinsame Wirken zugleich einen verstärkenden Einfluß ausüben soll, kann nur auf der Basis der Gleichheit des Stimmverhältnisses und des vermittelnden Vorherrsches eines Unparteiischen begründet werden.“

Auch bei der paritätischen Zusammenfassung werden die Arbeiter einen sehr erheblichen Einfluß auf die Geschäftsführung ausüben können, das wird niemand bestreiten, der die Wirksamkeit der vorhandenen paritätischen Organisationen: Arbeitsamt, Gewerbeamt, Ausschuß der Landesversicherungsanstalt genauer kennt. Die verbündeten Regierungen sollten sich durch Angriffe gegen diesen Punkt der Reform, welche mit den Schlagworten ‚Vernichtung der Selbstverwaltung‘ und ‚Bureaucratisierung‘ geführt werden, nicht schrecken lassen. Ich habe die Überzeugung, daß sich die Arbeiter mit der neuen Organisation bald ausöhnen werden, wenn sie sehen, welche Vorteile für die gesamte Durchführung der Arbeiterversicherung daraus erwachsen.“

Wir wollen zunächst davon absehen, was sich alles gegen die Schilderung von dem jetzigen Zustand, die Dr. Freund entwirft, einwenden läßt. Darüber werden in der nächsten Zeit ohnehin noch eingehende Erörterungen gepflogen werden. Als Herr Freund seinen Artikel schrieb, hatte er noch keine Kenntnis von den Motiven, die den Zentralverband Deutscher Industrieller zu seiner Stellungnahme zur Krankenversicherungsreform leiten (siehe Artikel auf Seite 376). Diese Motive sollten alle stumm machen, die die Ausführungen des Dr. Freund plausibel finden. Auch erscheint es uns nicht fraglich, ob die Schlichter mit der Voraussetzung einverstanden sind, daß die Parität in der Krankenversicherung nur der erste Schritt zur Zusammenlegung der verschiedenen Versicherungen sei. So, wie die Sachen jetzt liegen, dürfen die Arbeiter überzeugt sein, daß aus der Reform der Krankenversicherung eher alles andere herauspringen wird als etwas gutes. Sie haben also alle Ursache, in der nächsten Zeit vor verschiedenen „Freunden“ der Arbeiter ganz besonders auf der Hut zu sein.

Der Verband deutscher Betriebskrankenkassen.

von dessen Gründung wir bereits auf Seite 251 (Nr. 31) berichtet haben, ist unter dem Vorsitz des Finanzrats Kuyf (Essen) am 20. Oktober ins Leben getreten. Mitglieder des Verbandes können werden: 1. Alle deutschen Betriebskrankenkassen und Vereinigungen von Betriebskrankenkassen; 2. die deutschen Knappschaftsvereine und Familienkrankenkassen von Zechen; 3. deutsche industrielle Werke und andere Unternehmungen, welche eigene Betriebskrankenkassen besitzen, ferner Verbände, die denselben Zweck verfolgen, soweit deren Rassen nicht schon Mitglieder sind. Andere als die unter 1 und 2 bezeichneten Krankenkassen oder Vereinigungen können als Mitglieder zugelassen werden, wenn ihr Beitritt geeignet erscheint, die Erreichung der Zweckbestimmungen zu fördern.

Zu den Einigungsbestrebungen.

Die Geschäftskommission der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften beruft in Nr. 46 der Einigkeit zum 22. bis 26. Januar 1908 nach Berlin einen außerordentlichen Kongress ein. Auf der Tagesordnung steht: 1. Geschäfts- und Rechenschaftsbericht der Geschäftskommission. 2. Bericht der Revision, der Preis- und der Beschwerdekommision. 3. Der Beschluß des sozialdemokratischen Parteitag in Essen bezüglich der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften.

Am 10. November nahm eine Versammlung der Freien Vereinigung der Bauarbeiter Berlins gegen 17 Stimmen eine Resolution für die Einigung an.

Gewerkschaftliches.

Transportarbeiter. Der Vorfall, der über das Warenhaus von Jandorf & Co. und das Kaufhaus des Westens verhängt wurde, hat zu einem vollen Erfolg der Arbeiter geführt. Es fanden Verhandlungen statt, die zu voller Zufriedenheit führten. Der Vorfall wurde aufgehoben.

Söpfer. Am 3. und 4. November tagte im Volkshaus zu Dresden eine gemeinsame Konferenz von Arbeitern und Unternehmern aus dem Eisenbahngewerbe. Zweck der Konferenz war, Mittel und Wege zu erörtern, um dem niedergehenden Racheisen-gewerbe wieder auf die Beine zu helfen. Veranlaßt war sie durch die organisierten Dienstleistungen Dresdens, nachdem die Organisationen der Unternehmer und der Arbeiter ihr Einverständnis damit bekundet hatten. Es waren etwa 30 Unternehmervorstände und 51 Arbeitervertreter aus verschiedenen Gegenden Deutschlands anwesend. Es wurde beschlossen, eine paritätische Kommission mit dem Sitz in Dresden einzusetzen, die die Angelegenheiten der Eisenbahnwerke feststellen und zu deren Beilegung geeignete Mittel anzuwenden soll. Als die Hauptursachen vom Niedergang des Racheisen-gewerbes wurde die immer mehr um sich greifende Pfählarbeit sowie die Verdrängung der Racheisen durch die eisernen Osen und die Zentralheizung bezeichnet. Auch wurde bemängelt, daß in vielen Orten das besser bezahlte Fließeisenwerkzeug mehr oder weniger in die Hände der Maurer übergegangen sei. In einer längeren Resolution, die der Kommission als Material übergeben wurde, wurde ausgesprochen, daß das zu verarbeitende Material nach Qualität und Quantität sehr viel zu wünschen übrig lasse. Ferner wußte das Publikum darüber aufgeklärt werden, daß das Ausschreiben von Segeerarbeiten nur dann Nutzen haben könne, wenn es von Sachleuten ausgeführt werde. Ferner mußten zwischen Unternehmern und Arbeitern lehrreiche Besprechungen stattfinden zu dem Zweck, in Zukunft den allen bewährten Racheisen wieder auf seinen ursprünglichen Höhepunkt zu heben. Weiter wurde eine gesunde Arbeitsverteilung gefördert. Dem Fließeisen-gewerbe soll mehr Aufmerksamkeit zugewendet werden als bisher geschehen ist. Dabei soll die Geschäftlichkeit beachten, daß bei Abschließen von Tarifen sich der Preis des Fließeisens nicht höher stellt als der Preis, den die Fließeisenwerker erhalten (!). — Wenn die Unternehmer und die Arbeiter der Racheisenbranche sich zusammenfinden, um gemeinsam die in ihrem Gewerbe sehr stark vor-

handene Pflücker zu bekämpfen, so kann man dies nur loben. Auch die zu diesem Zweck vorgeschlagenen Mittel erscheinen uns einwandfrei. Aber die Stellungnahme zum Fließeisen-gewerbe wollen wir uns des Urteils enthalten. Dagegen können wir die Bemerkung nicht unterdrücken, daß verschiedene, was auf der Konferenz über die eisernen Osen und die Zentralheizung gesagt worden ist, uns reaktionär vorkommt. Insbesondere glauben wir kaum, daß ein etwaiger Aufschwung des „alten bewährten Racheisens“ auch nur einen Fortschritt oder Heilungsmonteur arbeitslos machen wird.

Stuttgarter. An der vom Verband der Stuttgarter vorgenommenen Abstimmung über den Anschluß an den Maurer-Verband haben sich von 7093 stimmberechtigten Mitgliedern 6812 beteiligt. Für den Anschluß waren 2127, dagegen 4494, ungültig waren 51 Stimmen.

Brennereiarbeiter. Die Arbeiter der Kornbrennereibrennerei der Firma Friedrich Wegens Nachfolger, Inhaber A. Stegemann Söhne zu Nordhausen, hatten am 7. September mit Hilfe des Zentralverbandes deutscher Brauereiarbeiter eine bescheidene Lohnforderung gestellt. Die Firma ließ nicht nur die Forderung unbeantwortet, sondern sie sperrte sogar am 2. Oktober sämtliche Arbeiter aus. Es ergibt daraus an die Konsumenten das Geruch, die Fabrikate der Firma so lange zu meiden, bis die Sache geregelt ist.

Anmeldepflichtige Fabrikversammlung.

Versammlungen, in denen öffentliche Angelegenheiten erörtert oder beraten werden sollen, unterliegen bekanntlich nach dem preussischen Vereinsgesetz der Anmeldepflicht. Als eine solche Versammlung erachteten Polizei und Staatsanwaltschaft eine Zusammenkunft der Arbeiter einer Fabrik, die auf Wunsch von Arbeitern dieser Fabrik Kollege Schulz vom Deutschen Metallarbeiter-Verband, der bestohlene Vorsitz der Zweigvereins für Hamburg und Umgebung, einberufen hatte, und in der Schulz auch als Redner auftrat. Schulz wurde auf Grund der §§ 1 und 12 des preussischen Vereinsgesetzes angeklagt, weil die Zusammenkunft nicht angemeldet worden war. Nachdem die Sache bereits einmal das Kammergericht beschäftigt hatte, wurde Schulz vom Landgericht Stabe, als der Berufungsinstanz, zu einer Geldstrafe verurteilt. Begründend wurde ausgeführt: Alle Arbeiter der betreffenden Fabrik seien durch Zettel eingeladen worden. Von den 120 Arbeitern gehörten 90 dem Deutschen Metallarbeiter-Verband an. Die Mitstände in der Fabrik, besonders in hygienischer Beziehung, seien als Tagesordnung bezeichnet gewesen. Schulz habe nun von den Wassereinrichtungen, Schutzvorrichtungen und Abortanlagen in jener Fabrik gesprochen und darauf hingewiesen, daß der Deutsche Metallarbeiter-Verband in der Sache sei, Verbesserungen herbeizuführen. Er habe dabei auch die Vorteile hervorgehoben, die der Verband seinen Mitgliedern biete. Damit habe er nachweisen wollen, wie notwendig für die, welche ihm noch fernstünden, der Anschluß an den Deutschen Metallarbeiter-Verband sei. Unerheblich finde es das Gericht, ob die Hinweise auf die Tätigkeit des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes nur nebenbei gefallen seien oder nicht. Jedenfalls sei in doppelter Beziehung eine Erörterung öffentlicher Angelegenheiten anzunehmen. Es sei eine solche, wenn jemand bespreche, wie in mancher Beziehung hygienische Verbesserungen möglich seien und in Zusammenhang damit das Wirken des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in dieser Richtung sowie mit Bezug auf Lohnverbesserungen erörtert. Denn es seien hiermit die sozialen Bestrebungen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes erörtert worden, die die Öffentlichkeit schon wegen seines außerordentlich zahlreichen Mitgliederstandes berührten. Diese Erwähnungen des Verbandes hätten, wie gesagt, auch nur als Aufforderung zum Beitritt aufgefaßt werden können. Eine solche Aufforderung, die unter Hinweis auf das soziale Wirken des Verbandes erfolgte, lasse auch in dieser Hinsicht eine Erörterung öffentlicher Angelegenheiten erkennen. Die Versammlung hätte deshalb angemeldet werden müssen. — Das Kammergericht verwies die gegen das Urteil eingelegte Revision des Angeklagten mit der Begründung, es sei in dem Urteil des Landgerichtes Stabe, „alles in Ordnung“. Die „Feststellungen“ des Landgerichtes rechtfertigten die Verurteilung.

Was dem Lager der Solinger Scharmacher.

Ein günstiger Wind hat uns einige Zirkulare zugeweht, die wir den Kollegen zur Kenntnis bringen, weil sie zweifellos ein Interesse daran haben, zu erfahren, wie die Unternehmer sich rüsten. Das eine der Zirkulare lautet:

„Beifolgend erlauben wir uns, obschon Sie noch nicht zu unseren Mitgliedern gehören, Ihnen Abschrift eines kürzlich an unsere Mitglieder gerichteten Rundschreibens zu erteilen, welches eine allgemeinere Frage von besonderer Bedeutung betrifft, bei der wir auf Mitwirkung auch derjenigen Arbeitgeber rechnen, die unserem Verband bislang noch nicht angehören. Die Regsamkeit der Arbeiterorganisationen muß uns ein Beispiel und Ansporn sein, sonst haben wir Arbeitgeber Schlimmes zu erwarten. — Der Vorstand des Verbandes von Arbeitgebern im Kreise Solinger.“

Das erwähnte Rundschreiben hat folgenden Wortlaut: „Es ist in der jüngsten Zeit seitens der Arbeiterorganisationen wiederholt auf Arbeitgeber eine PreSSION ausgeübt worden, daß sich der Arbeitgeber verpflichten soll, keine anderen als organisierte Arbeiter zu beschäftigen. Seitens des Arbeitgeber-Verbandes wird dringend gebeten, auf solche Forderungen unter keinen Umständen einzugehen. Dieselben verfolgen lediglich den Zweck, die gegnerische Organisation zu stärken, und wir haben alle Ursache, eine solche Manipulation nicht zu unterstützen. Es ist vielmehr die höchste Zeit, daß wir Arbeitgeber die eigene Organisation recht kräftig ausbilden. Inwiefern ist leider in dieser Hinsicht durch Nachlässigkeit und Schlafheit gekündigt worden. Selbstredend würde unser Verband seinen Mitgliedern Schutz gewähren, wenn ein zu uns gehöriger Arbeitgeber durch Verweigerung einer solchen Klausel in Schwierigkeiten geraten sollte.“

Bum Streik auf den Garzer Werken.

„Friedliche“ Arbeitswillinge. Die Direktion der Garzer Werke in Blankenburg, die während des Streiks ihres Personals aus allen Teilen Deutschlands Streikbrecher herangeholt hatte, wollte ihren Arbeitswilligen einmal einen vergünstigten Tag bereiten. Es war ein Ausflug nach Mübeland zur Beschäftigung der Hermannshöhe projektiert. Da aber die Arbeitswilligen sich fast im Falles befanden, wurden sie zuerst neu eingeleidet. Zur Einleitung der neuen Arbeitswilligen war auf Veranstaltung der Direktion ein Wagen-Kleidungs vom Kaufhaus Germania herbeigebracht worden. Bei der Verpackung der Kleidung nahm eine Anzahl Arbeitswillinge nicht so genau. Es wurden von ihnen mehrere Hosen und Jackets übereinander gezogen und Strümpfe unter der Kleidung quer über die Brust gelegt. Sehr viele begnügten sich nicht nur mit dem Notwendigsten, sondern nahmen alles, was ihnen des Abnehmens wech erschien. So Wägen, die sie wegwarfen, als sie nicht paßten. Als die Arbeitswilligen durch die Umkleidekabine wieder ein menschliches Aussehen bekommen hatten, stand der gemeinsamen Beschäftigung der Hermannshöhe in Mübeland durch die Beamten, deren Familien und den „hochgeschätzten“ Arbeitswilligen nichts entgegen. Es ging mit einem Extrazug unter Mitnahme einer Blankenburger Musikkapelle, die die schönsten Weisen aufspielte, nach Mübeland. Nach der Beschäftigung der Höhle wurde ein Essen gegeben, dem sich ein Tanzkränzchen anschloß. Hier konnte man die Arbeitswilligen im lustigen Weigen mit den Damen der Betriebsbeamten sehen. Die anwesenden Damen standen den Arbeitswilligen nach Aussage des Direktors zu allen Tansen zur Verfügung. Selbstverständlich durften die Handlanger des Kapitals auch bei dieser Gelegenheit geistige Getränke nach Bedarf zu sich nehmen, ohne daß der Zeitpunkt in Frage kam. Nachdem einige das Guten zu viel getan hatten, trieben sie allerlei Mötze. So wurden einem Kutscher die Pferde ausgeharrt. Auf der Rückfahrt bemächtigten sich die Arbeitswilligen ziemlich ruppig. Man kletterte auf die Eisenbahnwagen und prügelte sich innen. Auch am Fenster wurde geschossen, nachdem der Direktor, nach Aussage eines untreu gewordenen Arbeitswilligen, den Leuten gesagt hatte: „Zeigt doch einmal, daß ihr noch scheißen könnt.“ In Blankenburg angekommen, trieb die Schar ihr Unwesen

weiter. So wurde im Restaurant Jorshaus der Scholadenautomat umgeworfen und beschädigt. Nur durch energisches Vorgehen der Oberkellner von einigen anderen Restaurants war es möglich, die Schar aus ihren Lokalen fernzuhalten. Die beschäftigten Bürger von Blankenburg getrauten sich die vorgenommenen Kuppeln nicht zurückzuweisen, da sie Gefahr liefen, niedergeschossen zu werden. Aber auch im Betrieb spielten sich später wilde Szenen ab. Schlägereien und Messerstechereien bildeten den Abschluß des Ausflugs. Die Stationierung eines Polizeidoppelpostens in dem Betrieb läßt darauf schließen, daß man bei Wiederholung solcher Szenen eingzugreifen gedenkt.

Wohlfahrtsfrage. Die Garzer Werke haben in Sorge auch 21 Arbeiterwohnungen. Laut mündlicher Abmachung bestand dafür bisher die örtliche vierteljährliche Kündigung. Als nun infolge der Nichterhaltung des Zarfs Differenzen auszubilden drohten, veranlaßt der Direktor Grand die Mieter, einen Kontrakt zu unterzeichnen, daß die Wohnungen acht Tage nach Einstellung der Arbeit auf den Garzer Werken zu räumen seien. Die Direktion hat auch nach den erfolglosen Verhandlungen über die Differenzen der Mietern gekündigt. Wie es aber bei Unterzeichnung der neuen Kontrakte zugegangen ist, zeigt folgendes: Der Former G. wurde in das Kontor gerufen und ihm ein Schriftstück zur Unterzeichnung vorgelegt. Im guten Glauben, daß die Firma gegen ihn nichts arges unternehmen würde (Was mehr als naiv war. Red.), unterzeichnete er. Als er sich entfernen wollte, sagte man: „Wir wollen Ihnen doch einmal das Schriftstück vorlesen, damit Sie wissen, was Sie unterschrieben haben.“ Die Direktion hat aber einem Former die Wohnung gekündigt, der keinen neuen Kontrakt unterschrieben hat, für ihn besteht nicht nur vierteljährliche Kündigung, sondern er hat sogar das Recht, so lange in der Wohnung zu bleiben, bis er sein im Bau befindliches Haus beziehen kann, weil er sein früheres wegen des Bahnbau nur unter der Bedingung abreißen ließ, daß ihm von den Garzer Werken ein anderer Waplag gegeben und einstweilen eine Werkwohnung angewiesen wurde. Einem anderen Former, der ebenfalls wegen dem Bahnbau sein Haus abreißen mußte und einen Neubau herstellen läßt, werden von den Garzer Werken bei Herstellung dieses Neubaus alle möglichen Schwierigkeiten in den Weg gelegt.

Die Garzer Werke scheuen sich aber auch nicht, am Streit gänzlich Unbeteiligte zu verfolgen. Man droht einer Witwe, deren Knecht Lohnfahren für die Garzer Werke macht, mit Entziehung der Fahren, wenn sie ihren Sohn, der Former ist, nicht zur Arbeitsaufnahme veranlasse.

Außerdem versucht die Direktion, mit den in den Betrieben noch belassenen alten Kermachern und Bugern Arbeitsverträge abzuschließen, wonach sie ihnen hohe Monatsgehälter zahlen will, natürlich unter entsprechenden längeren Kündigungsfristen. Die Direktion will es sich also viel Geld kosten lassen, ihrem Tarifbruch zum Siege zu verhelfen. Wir ersuchen deshalb um strengste Fernhaltung des Zugangs von den Garzer Werken!

Flämische Lohnrücker gesucht.

Wie die Rabe das Mäusen nicht läßt, so läßt das „patriotische“ Unternehmertum sich durch nichts abhalten, sich fortgesetzt in Ausland nach billigen Arbeitskräften umzusehen, die da verwendet werden sollen, wo die Unternehmer deutschen Arbeitern, Familienvätern und Steuerzahlern nicht die Löhne zahlen wollen, die diese brauchen, um allen Anforderungen gerecht werden zu können, die Familie und „Vater Staat“ an sie stellen. Mit den Kroaten haben die Unternehmer in der letzten Zeit ja schlimme Erfahrungen gemacht; unter denen befinden sich ja solche, die auch nicht davor zurückscheuen, gelegentlich einen Unternehmer abzumurken. Die Kerle gegen entschieden zu sehr aufzuzucken. Der Brüsseler Gewerksmann der Arbeit„geber“-Zeitung ist bestrebt, sich um die deutschen Ausbeuter billiger Arbeitskräfte verdient zu machen. In Nr. 44 des genannten Schatzmacherblatts teilt er mit, daß es ihn nach eifriger Bemühungen gelungen sei, „den richtigen Mann für die Arbeiterbeschaffung zu finden“. Dieser Lohnrücker nennt sich: „Flämische Arbeiterzentrale — Kurt Mühlmann, Brüssel, Rue du pont de la carpe 19.“ Bei dem sollen Arbeiter, besonders ungelehrte, in jeder Zahl zu haben sein. Eventuell besorgt er auch gelehrte Arbeiter für Betriebe, in denen sie (nach den Begriffen der Arbeit„geber“-Zeitung) genügend verdienen und längere Zeit Beschäftigung finden. — Die Gewerkschaften werden gut tun, die Firma im Auge zu behalten.

Ein Arbeitswillinge als Mörder.

Die Tagespresse berichtet: „In einem Orte bei Wunsiedel gingen zwei Brüder, die Fabrikarbeiter Geisert, mit dem Dienstknecht Schödel im Wirtschaftshaus einen Streit an, der in Tötlichkeiten ausartete. Während der ältere Geisert den Schödel festhielt, stieß ihm der jüngere kaltblütig sein griffes Messer ins Herz, so daß der Geschockene nach wenigen Augenblicken eine Leiche war. Der Mörder leistete bei dem Streik in der Porzellanfabrik Wunsiedel Streikbrecherdienste und war eines jener nützlichen Elemente, die speziell anzusehen schon beinahe ein Staatsverbrecher ist.“ — Die beiden Ehrenmänner gehören mit zu denen, die Bued auf der letzten Delegiertenversammlung des Zentralverbandes Deutscher Industrieller als „friedliche Arbeiter“ bezeichnete.

Sachsen in Deutschland voran!

Etwas echt „Sächsisches“ ist wieder passiert. Der Arbeiter R. G. D. in Oberallersdorf hat vom Amtsgericht Zittau einen Strafbefehl wegen Verleumdung der — Hirsch-Dunderschen Organisation erhalten. Das Dokument lautet wörtlich:

Strafbefehl.

Auf Antrag der königlichen Staatsanwaltschaft wird gegen Sie (R. D.) wegen der Beschuldigung, einen anderen durch Verleumdung zu bestimmen versucht zu haben, an einer Verabredung zum Schutz der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen teilzunehmen, insofern Sie in der Zeit vom 16. September bis 23. September 1907 in Zittau auf dem Baue der Mechanischen Weberei den Arbeiter Kurt Schubert in Zittau, Köbener Straße 27, der Mitglied des Hirsch-Dunderschen Gewerkschafts ist und es abgelehnt hätte, der Bauhilfsarbeiterorganisation, welcher Sie angehören, beizutreten, bei jeder sich bietenden Gelegenheit zurückzuweisen, daß der Gewerkschaft Hirsch-Dunder eine Streikbrecherorganisation sei und nur Streikbrecher züchte, und daß Sie bald eine „Hirschjagd“ veranstalten würden, so aber Schubert zu bewegen versuchten, der Bauhilfsarbeiterorganisation beizutreten.

— Vergehen nach §§ 152, 153 der Gewerbeordnung — wofür als Beweismittel bezeichnet ist: Arbeiter Kurt Schubert in Zittau, Köbener Straße 27, als Zeuge, eine Gefängnisstrafe von 5 (dreißig) Tagen festgesetzt.

Zugleich werden Ihnen die Kosten des Verfahrens auferlegt. Dieser Strafbefehl wird vollstreckbar, wenn Sie nicht binnen einer Woche nach der Zustellung bei dem unterzeichneten Gericht schriftlich oder zu Protokoll des Gerichtsschreibers Einspruch erheben.

Die Geldstrafe (!) und die nachverzeichneten Kosten sind an die Gerichtskasse des unterzeichneten Amtsgerichtes zu zahlen. Bei Einlegung durch die Post ist das obestehende Kennzeichen anzugeben und eine Postbestelldruckform von 5 Pf. beizufügen.

Zittau, den 8. November 1907.

Königliches Amtsgericht.

Ausgefertigt am 9. November 1907.
 Der Gerichtsschreiber des königlichen Amtsgerichtes Zittau.
 Stempel:
 W. Scher, Altzar.

Königlich Sächsisches Amtsgericht Zittau.

Kostenberechnung.

1. Gebühren für Strafbefehl . . .	1.— Mk.
2. Schreibgebühren . . .	— 20 "
3. Sonstige Ausgaben . . .	— 38 "
Summa	1,88 Mk.

Der mit dem Strafbefehl beglückte Arbeiter, der dem Deutschen Metallarbeiter-Verband und nicht dem Bauhilfsarbeiter-Verband

angehört, wird gerichtliche Entscheidung beantragen. Die Sachliche Arbeiter-Zeitung meint, das Gericht werde unterforschen müssen: 1. Ob die Hirsch-Dundersche Organisation unter besonderem staatsanwaltlichen Schutze stehe; 2. ob der § 153 hier überhaupt anwendbar sei. Sollte das letztere anerkannt werden, dann sei auch zugleich der Hirsch-Dunderschen Organisation vom Gericht attestiert, daß sie eine Organisation ist, die Arbeitswillige züchtet, denn sonst käme doch der § 153 nicht in Frage. Auf die Entscheidung der weiteren Instanzen darf man in der Tat gespannt sein.

Vom Ausland.

Niederlande.

Der Allgemeine Niederländische Metallarbeiter-Bund, unsere niederländische Bruderorganisation, nimmt nach wie vor einen erfreulichen Aufschwung. Nr. 44 des Metallarbeiter, des Verbandesorganes, erschien bereits in einer Auflage von 3700 Exemplaren. In Nr. 45 wird mitgeteilt, daß am 6. November das zweitausendste Mitglied aufgenommen wurde.

Frankreich.

Ein Mitglied der Gewerkschaft der Maschinenbauer in Toulouse, der Kolleg. Bauz, wurde als Delegierter auf den Kongress der Maschinenbauer, der vom 8. bis 11. August in Paris abgehalten wurde, entsandt. Dieser Kollege war an der Stadtbeleuchtungsanlage als Elektrizitätsarbeiter angestellt; den 24. Juli richtete er an den Gemeindevorstand eine Anfrage um 14tägigen Urlaub. Am 8. August hatte er noch keine Antwort auf seine Anfrage. Er fragte darauf seinen Chef danach, was aus seiner Urlaubsanfrage geworden sei. Die Antwort war: „Für mich sind Sie bezahlbar.“ Ruhig fuhr der Kollege den nächsten Tag nach Paris, wo er dem Kongress beiwohnte, kehrte dann nach Toulouse zurück und nahm seine Arbeit an. 20. August wieder auf. Groß war sein Entzücken, als er am 22. August einen Entlassungsbrief erhielt. Ohne ein einziges Wort der Erklärung, ohne von einem seiner Chefs noch von dem Maire verhört zu werden, wurde der Kollege auf die Straße geworfen. Seit sieben Jahren und sieben Monaten war er in dem städtischen Betrieb beschäftigt und während dieser Zeit hat er 400 Mk. Beiträge in die Altersunterstützungskasse bezahlt. Infolge seiner Entlassung ging diese Summe gänzlich für ihn verloren. In den Gewerkschaften erregte diese Gewalttat große Entrüstung. Erst die Gewerkschaft der Maschinenbauer, dann die vereinigte Gewerkschaft von Toulouse sendeten Delegationen an den Maire (Bürgermeister) Huez; diese bekamen keine zufriedenstellende Antwort. Da begab sich der Sekretär der Föderation der Maschinenbauer zu dem Sekretär der sozialistischen Partei, dem Genossen Dubreuil, und legte ihm die Sache vor. Dubreuil schrieb zwei Briefe an Herrn Huez. Beide blieben ohne Antwort. Dieses Verhalten ist desto mehr fassungslos, als Herr Huez Parteigenosse ist, als solcher zum Maire erwählt wurde und umfänglich noch Teilnehmer des Mouvement Socialiste war, dem Organ der gelehrten Jugend (Intellectuels), der Theoretiker der gewalttätigen Aktion. Nun wird sich aber wohl der Zentralvorstand der Maschinenbauer mit diesem Schmeißer nicht begnügen; er ist der Meinung, daß die Resolution des Stuttgarter Kongresses, die Verhängung der Gewerkschaften und der sozialistischen Partei betreffend, auf andere Weise ausgeführt werden soll.

Italien.

Der dritte Kongress des italienischen Metallarbeiter-Verbandes (Federazione Italiana degli Operai Metallurgici) fand vom 15. bis 18. August in Bologna statt. Der Verband, der ähnlich wie die französischen Gewerkschaften nur aus einer linken Föderation von Solidarorganen besteht, hatte, wie wir der Nr. 43 der Schweizerischen Metallarbeiter-Zeitung entnehmen, 1908 eine Mitgliederzahl von 30000, diese Zahl ging 1904 infolge der Krise auf 4000 zurück. Jetzt ist sie wieder auf etwa 20000 gestiegen, die sich auf 127 Kommunen in 100 Orten verteilen. Obwohl auf dem Kongress anerkannt wurde, daß eine stärkere Organisation, vor allen Dingen die Zentralisation der Widerstandskämpfe und die Erhöhung der Beiträge notwendig seien, so kam man doch nicht zu einer durchgreifenden Reorganisierung. Vorläufig wurde der Vorstand ermächtigt, für allgemeine Zwecke nötigenfalls zehn Prozent von dem Vermögen der Kommunen einzusammeln. Auch beschloß der Kongress eine zentralistische Agitation für die Verkürzung der Arbeitszeit bis auf acht Stunden und für Lohnerhöhung. In einer Resolution wurden parteiorganisierte Organisationen, die auf dem Boden des Klassenkampfes stehen, als Vorbedingungen für Fortschreitendheiten bezeichnet. Ein Eingreifen der Gesetzgebung in diese Sache sei jetzt nicht wünschenswert.

Literarisches.

(Zur Befüllung der angelegten oder beiprogrammierten Serie wende man sich an den bei jedem Werke angegebenen Verlag oder an eine Buchhandlung.)

Sozialdemokratische Tagesschriften. Zwei neue Fortsetzungen dieser Sammlung sind jenseits von der Buchhandlung Vorwärts herangegeben. Das 2. Heft behandelt: Volkshilfe, Wissenschaft, Kunst und Sozialdemokratie. Der Verfasser zeigt die unzweifelhaften Zusammenhänge von Wissenschaft, Bildung und Geselligkeiten und knüpft mit der Volkshilfswirtschaft, mit deren Befähigung auch jene Einrichtungen der Bevölkerung unterworfen sind. Er kritisiert dann den verwerflichen Einfluß der jetzigen Volkshilfswirtschaften, die nicht die Förderung allgemeiner Bildung als Zweck verfolgen, sondern vielmehr ihre Aufgabe darin sehen, den Arbeiter geistig zu verblöden, ihn zum billigen Ausbeutungsmittel für den Kapitalismus heranzuzüchten. Zum Schluß stellt der Verfasser die Forderungen der Sozialdemokratie auf diesem Gebiet zusammen. — In 2. Heft: Die Sozialdemokratie in den Gemeindevorstellungen, und die Notwendigkeit der Beteiligung der Arbeiter an den Angelegenheiten der Gemeindevorstellung, und die von der Sozialdemokratie erhaltene allgemeine Forderungen enthält. Bei dem jetzt publizierten Gemeindevorstellungen wird diese Agitationsschrift ganz neuem Leben eingehaucht, die jetzigen Verhältnisse berücksichtigen und ist von jedem Sozialisten und durch die Parteimittelungen zu beziehen.

Rome und Julia. In Nr. 45 der illustrierten Zeitschrift In Freien Straßen beginnt eine höchst interessante Darstellung, nämlich der Abhandlung über die historischen Umstände, die dem großen Dramatiker Shakespeare den Stoff zu seiner berühmten Schauspielers Romeo und Julia lieferten. Die vorzügliche Übersetzung ins Deutsche kommt von Eduard v. Hilson. Der des Götterdes der Liebe in der romanischen Form lassen kann mit, der dramatische auf die Zeitgenossen In Freien Straßen, die es sich für Angabe gegeben hat, gut und interessante Untersuchungen unter dem Titel zu beziehen. In diesem ist die Zeitschrift in möglichst attraktiver Form auf 10 Hefen durch jede Buchhandlung und jeden Sozialisten.

Spendenkassendruck. Der Druck des Buches, das die Geschichte der Sozialdemokratie in Deutschland erzählt, ist von der Verlagsanstalt Vorwärts, Berlin SW. 68, für 1 Mk. 50 Pf. erschienen. Die vorliegende Broschüre enthält eine Geschichte der Sozialdemokratie des Stuttgarter internationalen Kongresses über die Sozialdemokratie.

Das Protokoll über die Verhandlungen des Parteikongresses in Stuttgart ist in der Zeitschrift über die Buchhandlung Vorwärts (Berlin) erschienen. Die Verhandlungen in Stuttgart sind ein höchst interessantes Dokument, aus dem sich das volle Bild über die Beziehungen zwischen der Parteiorganisation und der politischen Lage und dem Stand der Arbeiterbewegung ergibt. Die Geschichte der Sozialdemokratie in Stuttgart ist von der Verlagsanstalt Vorwärts, Berlin SW. 68, für 1 Mk. 50 Pf. erschienen. Die vorliegende Broschüre enthält eine Geschichte der Sozialdemokratie des Stuttgarter internationalen Kongresses über die Sozialdemokratie.

Internationaler Sozialisten-Kongress Stuttgart 1907. Unter diesem Titel gelangt jenseits des Protokolls der Verhandlungen in Stuttgart zur Ausgabe. Einleitend enthält es eine Schilderung des gewaltigen Massenmeetings auf dem Cannstatter Wasen. Aus den Verhandlungen hebt wir hervor: Der Militarismus und die internationalen Konflikte. — Die Kolonialfrage. — Die Einwanderung der Arbeiter. — Politische Partei und Gewerkschaften. — Frauenstimmrecht. Das Protokoll enthält auch die Berichte über die Verhandlungen der Kommissionen. Ein Satz- und Sprechregister erleichtert das Nachschlagen. Der Preis des Protokolls ist 1,20 Mk., eine billige Ausgabe kostet 50 Pf. Zu beziehen ist das Protokoll durch alle Buchhandlungen und Kolportiere.

Soeben erschien im Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, der Arbeiter-Monatskalendar für das Jahr 1908. Dieser in der Arbeiterkreise allgemein beliebte Kalendar bringt auch in diesem Jahr wieder eine Reihe außerst nützlicher, ja geradezu unentbehrlicher Materials für Partei- und Gewerkschaftsmitglieder. Als vorzügliches Nachschlagewerk ist der Kalendar alljährlich in weitestem Maße von den Arbeitern benützt worden; er sollte aber im Besitz eines jeden Arbeiters und jeder Arbeiterin sein. Der vorliegende neue Jahrgang enthält unter anderem: Die Reichstagswahlen 1907 und die Nachwahlen. — Die Reichseinkommen. — Der Nutzen der sozialdemokratischen Vereine. — Die deutschen Kolonien. — Daneben bringt der Kalendar einen Artikel über die Gewerkschaften Deutschlands, Adressen der einzelnen Gewerkschaften, der Partei- und Gewerkschaftsvereine Deutschlands, der deutschen Gewerkschaften, anderer notwendiger Adressen- und Stammbuchmateriales u. v. m. Ferner ist dem Kalendar ein künstlerisch ausgeführtes Bild der Reichstagsaktion beigegeben. — Der Preis des gebundenen Kalenders beträgt 50 Pf. Ergänzt ist der Kalendar in allen Parteibuchhandlungen sowie bei allen Kolportieren.

Die Lage der deutschen Schiffszimmerer. Nach den statistischen Erhebungen von dem Jahre 1899 bis zum Jahre 1906 bearbeitet von G. Miers. Herausgegeben vom Vorstand des Zentralverbandes der Schiffszimmerer Deutschlands für Boot-, Holz- und Eisen Schiffbau. Hamburg 1907. Verlag von W. Müller.

Allgem. Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter

(S. 29 Hamburg).

Erbrechnung der Saupfasse pro Oktober 1907.

Einnahmen:

Son: Alsterdorf II Nr. 100.	Milkenhof 90.	Amberg 300.	Ammen 150.	Barmbeck 100.	Barmbeck 150.	Beitzing 50.	Beitrag 200.	Berlin III 400.	Berlin VI 500.	Berlin XI 370.	Beitzing 100.	Bismarck 100.	Bismarck 200.	Bismarck 300.	Bismarck 400.	Bismarck 500.	Bismarck 600.	Bismarck 700.	Bismarck 800.	Bismarck 900.	Bismarck 1000.	Bismarck 1100.	Bismarck 1200.	Bismarck 1300.	Bismarck 1400.	Bismarck 1500.	Bismarck 1600.	Bismarck 1700.	Bismarck 1800.	Bismarck 1900.	Bismarck 2000.	Bismarck 2100.	Bismarck 2200.	Bismarck 2300.	Bismarck 2400.	Bismarck 2500.	Bismarck 2600.	Bismarck 2700.	Bismarck 2800.	Bismarck 2900.	Bismarck 3000.
-----------------------------	---------------	-------------	------------	---------------	---------------	--------------	--------------	-----------------	----------------	----------------	---------------	---------------	---------------	---------------	---------------	---------------	---------------	---------------	---------------	---------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------

Ausgaben:

Son: Alsterdorf II Nr. 100.	Milkenhof 100.	Alsterdorf 100.	Alsterdorf II 100.	Alsterdorf III 100.	Alsterdorf IV 400.	Beitzing 150.	Beitrag 200.	Bismarck 150.	Bismarck 200.	Bismarck 300.	Bismarck 400.	Bismarck 500.	Bismarck 600.	Bismarck 700.	Bismarck 800.	Bismarck 900.	Bismarck 1000.	Bismarck 1100.	Bismarck 1200.	Bismarck 1300.	Bismarck 1400.	Bismarck 1500.	Bismarck 1600.	Bismarck 1700.	Bismarck 1800.	Bismarck 1900.	Bismarck 2000.	Bismarck 2100.	Bismarck 2200.	Bismarck 2300.	Bismarck 2400.	Bismarck 2500.	Bismarck 2600.	Bismarck 2700.	Bismarck 2800.	Bismarck 2900.	Bismarck 3000.	Bismarck 3100.	Bismarck 3200.	Bismarck 3300.	Bismarck 3400.	Bismarck 3500.	Bismarck 3600.	Bismarck 3700.	Bismarck 3800.	Bismarck 3900.	Bismarck 4000.	Bismarck 4100.	Bismarck 4200.	Bismarck 4300.	Bismarck 4400.	Bismarck 4500.	Bismarck 4600.	Bismarck 4700.	Bismarck 4800.	Bismarck 4900.	Bismarck 5000.
-----------------------------	----------------	-----------------	--------------------	---------------------	--------------------	---------------	--------------	---------------	---------------	---------------	---------------	---------------	---------------	---------------	---------------	---------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------

Silenz.

Einzelnen	435,22 Mk.
Ausgaben	195,51 "
Überschuß	244,91 Mk.
Selbst am 1. Oktober 1907	2381,94,47 "
Selbst am 31. Oktober 1907	2357,64,53 Mk.

Die Debitoren werden dringend ersucht, bei jeder Geldzahlung an die Kasse p.c. auf dem Namen der Kasse angegeben, so der Betrag für die Saupfasse oder für die Krankenkasse bestimmt ist, und zwar für beide Kassen, denn sowohl für jede.

Sächs. Vereinshaus, halb 9 Uhr. Bremen. Der Schlosser Gabriel Giro, geb. 1880 in Ungarn, einget. im April 1908 in Bremen, hat auf der Reise von Dresden nach Leipzig sein Metallarbeiter-Verband verloren. Bewilligte des Mitgliedsführers, des Bewilligten zu Gesicht kommt, möge es an die hiesige Geschäftsstelle einfinden. Darmstadt. Das Bureau befindet sich jetzt im Gewerkschaftshaus, Bismarckstr. 12. Die Auszahlung findet wie bisher von 5 bis 6 Uhr abends statt; Sonntag bleibt das Bureau geschlossen. — Die Verberger bleibt bei Arthur Lion, Landwehrstraße 27. Dresden und Umgebung. Für die Einzelmitglieder von Dresden und Umgebung sollen zwei Beamte für Agitation und Verwaltung angestellt werden. Das Geschäft nach den Beschlüssen der Münchener Generalversammlung festgelegt, es kann jedoch, wenn ein Bewerber den geübten Erwartungen entspricht, nach den Beschlüssen der Leipziger Generalversammlung die Geschäftsleitung für den Bezirk in Anwendung kommen. Die Bewerber müssen theoretisch befähigt und in schriftlichen Arbeiten sitzen, aber die nötigen Kenntnisse, besonders im Rechnungswesen verfügen und in Differenzfällen mit den Unternehmern verhandeln können. Eine fünfjährige Mitgliedschaft im Verband ist Voraussetzung. Reflektiert wird nur auf erste Kräfte. Die Bewerber werden ersucht, ihre Bewerbungsbriefe bis spätestens zum 2. Dezember 1907 an die Bezirksleitung des vierten Bezirkes, M. Saack, Dresden, Neustadt 11, Leipzigerstr. 40, 2, einzuliefern. Aus den Bewerbungen muß das Alter, die Dauer der Verbandszugehörigkeit, der Beruf und die bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung ersichtlich sein. Die Bewerber müssen eventuell eine Probearbeit liefern. Duisburg (Vertrauensmännerfrage.) Donnerstag, 28. November, abends halb 9 Uhr, im „Garzinus“. Eisenach. Vertrauensmännerfrage. Montag, 25. Nov., abends 8 Uhr, im „Sokol“ Urania. Landsberg a. M. Die Adresse des Kassierers ist jetzt: Otto Reiff, Hof, Neustraße 26. Dasselbe wird die Unterfertigung ausbehalten. Offenbach a. M. Den Bewerbern um die Stelle des besetzten Bewilligten zur Kenntnis, daß der Kollege Wilhelm Weber gewählt worden ist. Den Bewerbern besten Dank. Rathenow (former). Der Reichs-nachweis befindet sich im Bureau, Jägerstr. 20. Umziehen verboten. Siebenter Bezirk. Für die Verwaltung Wilhelm-Wagner wird zum 1. Januar 1908 ein weiterer Beamter gesucht. Berücksichtigung können nur solche Mitglieder finden, die mit Kassengebüßen vertraut sind, rednerische Befähigung besitzen und dem Verband fünf Jahre ununterbrochen angehören. Die Stellungsbedingungen entsprechen den Beschlüssen der Generalversammlung. Die Bewerbungen sind bis zum 1. Dezember an den Bezirksleiter H. Walbrecht in Düsseldorf, Behlertstraße 10, einzuliefern und es muß aus ihnen Alter, Beruf und die bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung zu ersehen sein. Auf Verlangen haben die Bewerber eine Probearbeit zu liefern.

Freitag, 29. November: Dresden. Sächs. Vereinshaus, halb 9 Uhr. Eisenach. Feilischer Mann, a. / 1/2. Samstag, 30. November: Dresden. Sächs. Vereinshaus, halb 9 Uhr. Eisenach. Feilischer Mann, a. / 1/2.

Donnerstag, 28. November: Berlin. Generalversammlung in der „Neuen Welt“, Hagenstraße 108/114, vormittags 10 Uhr. Sonntag, 1. Dezember: Berlin. Generalversammlung in der „Neuen Welt“, Hagenstraße 108/114, vormittags 10 Uhr.

Montag, 2. Dezember: Berlin. Generalversammlung in der „Neuen Welt“, Hagenstraße 108/114, vormittags 10 Uhr.

Dienstag, 3. Dezember: Berlin. Generalversammlung in der „Neuen Welt“, Hagenstraße 108/114, vormittags 10 Uhr.

Mittwoch, 4. Dezember: Berlin. Generalversammlung in der „Neuen Welt“, Hagenstraße 108/114, vormittags 10 Uhr.

Donnerstag, 5. Dezember: Berlin. Generalversammlung in der „Neuen Welt“, Hagenstraße 108/114, vormittags 10 Uhr.

Freitag, 6. Dezember: Berlin. Generalversammlung in der „Neuen Welt“, Hagenstraße 108/114, vormittags 10 Uhr.

Sonntag, 1. Dezember: Berlin. Generalversammlung in der „Neuen Welt“, Hagenstraße 108/114, vormittags 10 Uhr.

Privat-Anzeigen. Tücht. Kassenschlosser. Tücht. Kassenschlosser. Tücht. Kassenschlosser.

Verbands-Anzeigen. Mitglieder-Verzeichnis. Mitglieder-Verzeichnis. Mitglieder-Verzeichnis.